

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 22. Juni 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 67

### Rechtzeitige Bezugsverneuerung des „Korr.“

zum Quartalswechsel ist Vorauszahlung für ungeführte Zustellung. Der Bezugspreis ist für das zweite Vierteljahr nochmals 65 Pfennige

## Die X. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Nürnberg

Dritter Verhandlungstag (16. Juni)  
Nachmittags Sitzung

Zur Beratung gelangt der Punkt II der Tagesordnung „Stellungnahme zu den Anträgen auf Abänderung des Statuts und der Vorstandsbeschlüsse: a) Neuorientierung und Mitbestimmungsrecht.“

Ein Antrag, in der Diskussion Redner beider Richtungen abwechselnd zu Worte kommen zu lassen, wird abgelehnt.

Im Auftrag des Vorstandes referiert Krülle in großzügiger Weise über die gesamte Materie. In den Anträgen auf Abänderung des Statuts, soweit sie das Mitbestimmungsrecht und die Neuorientierung im Verband betreffen, spiegelt sich der Kampf der Meinungen wider, der seit anderthalb Jahren unter der Arbeiterenschaft fast und nicht immer einwandfrei und in dem Geiste geübt worden ist, wie dies die Zwischenverhandlungen zwischen Arbeitern, die gleiche Interessen haben und gleichen Zielen zustreben, selbstverständlich sein sollte. Eine Einheitsfront der Arbeiterenschaft in naher Zukunft herbeizuführen erscheint unmöglich. Der Prozeß der Irrungen und Wirrungen müsse erst durchgeführt werden, bis die Gärung zur Klärung gelangt und die alte Erfahrungstafel von neuem in das Gesamtgefüge der Arbeiterenschaft eingebettet wird, daß ihre Stärke in der Einigkeit liegt. Unter den bestehenden Verhältnissen sei es auch nicht möglich, auf dieser Generalversammlung eine Abereinbarung der Geister zu erzielen. Schon der Wortlaut der eingebrachten Anträge lasse darauf schließen, daß die Meinungen über die künftige Gestaltung und Sanktion unseres Verbandes recht weit auseinandergehen. Die zum Punkt IIa vorliegenden Anträge und Entschlüsse gliedern sich in solche praktischer Art, deren Verwirklichung auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse nicht unmöglich ist; dann in solche theoretischer Art, deren Verwirklichung zum Teil Verhältnisse voraussetzt, die zur Zeit noch nicht vorhanden sind. Allen Anträgen auf größeres Mitbestimmungsrecht ist gemeinsam, daß sie die Urabstimmung bei wichtigen organisatorischen und tariflichen Fragen fordern. Soweit hier organisatorische und berufliche Angelegenheiten in Betracht kommen, worüber die Geister allein zu bestimmen haben, ist das wohl immer durchführbar und auch wünschenswert. Die verantwortlichen Verbandsleiter sind die Vollstrecker des Willens der Gesamtheit oder der Mehrheit, und es kann ihnen nur angeschlossen sein, wenn alle Mitglieder der Organisation für wichtige Entscheidungen interessiert werden und dann auch die Verantwortung für ihre Durchführung und Wirksamkeit tragen. Die zum Punkt II vorliegenden Anträge aus Nürnberg und Stuttgart können als Muster für eine fakturierte Bestimmung dienen, die so lauten könnte: „Über wichtige organisatorische und tarifliche Fragen kann der Vorstand eine Urabstimmung unter den Mitgliedern beschließen, wenn mindestens drei Gausvorstände ihre Zustimmung geben; er muß eine solche vornehmen, wenn ein dazugehöriger Antrag von mindestens fünf Gausvorständen gestellt wird.“ Mit einer derartigen Bestimmung wären alle in den zahlreichen einschlägigen Anträgen ausgedrückten Wünsche befriedigt. Viele andere Anträge betreffen den Zweck des Verbandes. Viel unstrittig ist der erste Absatz im § 1 unserer Satzungen schon immer gewesen. Den eigentlichen Anstoß bildeten die Worte „mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen“. Der Grund für die Ausschaltung politischer Fragen lag in der reaktionären Vereinsgehegung. Sie zwang uns dazu. Tatsächlich ließ sich vielfach die Politik in den auch uns nahe berührenden Tariffragen nicht ausschalten, und wir haben genau wie andere Gewerkschaften uns sehr häufig mit politischen, namentlich sozialpolitischen Fragen befaßt. Freilich vertreten in unserm Verbande — wie in allen übrigen Verbänden auch — nicht alle Mit-

glieder eine gleiche politische Richtung; man ließ jeden nach seiner Façon politisch sein. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Die Vorlichsmahregel im § 1 ist jedoch nicht mehr nötig, weshalb der Vorstandsvorsitz vorschlägt zu sagen, „unter Ausschluß aller parteipolitischen und religiösen Fragen“. In den parteipolitischen Kampf wollen wir uns als Gewerkschaft nicht einmischen. Aber der Kurs unseres Verbandes muß in allen die Gewerkschaften berührenden politischen Tagesfragen so gesteuert werden, wie es den Bestrebungen einer modernen Arbeitergewerkschaft entspricht. In der Aufzählung unserer Zwecke im § 1 schlägt der Vorstandsvorsitz vor, eine Erweiterung und eine dem Geiste der neuen Zeit entsprechende Anpassung eintreten zu lassen. Unter a) ist eingefügt worden „Einwirkung auf den Ausbau der sozialen Gesetzgebung“, unter d) „enge Zusammenarbeit mit den gewerblichen Berufsverbänden“. Aber die Notwendigkeit gerade dieser Forderung gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Nur der Weg, die Form und das Ausmaß der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit bleiben strittig. Die „Pfleger der Fachbildung“ (unter e) neu eingefügt, ist von großer Bedeutung. Ein technisch leistungsfähiger Gehilfe ist meist auch ein gutes Verbandsmitglied, während technisch schwache Kräfte der Organisation leicht zur Last fallen. Zudem wir die Pflege der Fachbildung in unsern Verbandsabteilungen ausbrüchlich festlegen, wird die Wichtigkeit dieses Punktes und die gemeinsame Arbeit des Verbandes mit dem Bildungsverband unterstrichen. Neu ist auch Abschnitt f) „Regelung des Bezahlungswehens“. Der Bezahlungsfrage im allgemeinen wird künftig mehr Aufmerksamkeit und Beachtung zu gewidmet werden müssen. Die Verhandlung des Bezahlungswehens sind die Schwelger, in welcher Richtung auf diesem Gebiete gearbeitet werden muß. Unter den Anträgen, die die Mitglieder des Verbandes betreffen, ist ein Antrag Erbing, der die Aufnahme von Seherinnen in den Verband betrifft. Damit wird die Frage der Frauenarbeit im gelehrten Buchdruckerberuf angeknüpft, und die Seherinnenparte tritt in die Erscheinung. Unter der Voraussetzung ordnungsgemäßer Bezahlung und tariflicher Entlohnung dürfen wir dem Zugange des weiblichen Geschlechts zum Buchdruckerberuf keine Hindernisse in den Weg legen. Der Redner wendet sich nun der Frage des Verbandsauschlusses und Betrags zu. Von Leipzig aus gestellte Anträge fordern die Schaffung eines Verbandsauschlusses, der die Tätigkeit der „Korr.“-Redaktion überwacht, Beschwerden gegen den Vorstand entgegennimmt und untersucht und außerordentliche Revisionen der Verbandsliste vornehmen kann. Weiter soll ein Beitrag eingeleitet werden, der in allen wichtigen Fragen gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitz beraten und entscheiden soll. Beide Anregungen mögen gut gemeint sein, empfehlenswert für die Praxis sind sie nicht. Was den Verbandsauschluß angeht, so haben solche Ausschüsse bei anderen Verbänden sich nicht immer bewährt. Entscheidend ist aber, daß unsere Verbandsabteilungen einen solchen Ausschluß nicht zur Notwendigkeit machen. Redner geht ausführlich darauf ein und resümiert, daß kein zweiter Verband eine so ausgedehnte und wirksame Mitberatungs- und Kontrollinstanz besitzt wie der unsrige. Dazu kommt, daß das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder durch Einführung der Urabstimmung immer mehr zur Geltung gebracht werden soll. Während über den praktischen Teil der Anträge grundsätzlicher Art die Erzielung einer Verständigung möglich erscheint, ist diese über allgemeine Anträge theoretischer Art naturgemäß um so schwieriger. Was von Berlin geforderte Aufgaben der leitenden Tarifgemeinschaftspolitik und der Mitarbeit in Arbeitsgemeinschaften hängt ab von der Art des noch zu beschließenden Umbaus des Verbandes. Was im letzten Abschnitte des Berliner Antrags bezüglich der Durchführung des praktischen Sozialismus gefordert wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Der Streit dreht sich nur um den Weg. Der so vielfach betonte Klassenkampf muß im Zeitalter der beginnenden Sozialierung anders gewertet werden als der Klassenkampf, wie er unter dem alten wilhelminischen Regime geföhrt werden mußte. Die Art der Verrechnung des Klassenkampfgedankens ist Sache des Temperaments und der Lebenserfahrung. Auch er (Redner) habe einst ebenfalls bereit wie die heutigen Verächter die Klassenkampfdie gepredigt, aber die Erfahrung habe ihn eines Besseren belehrt. Die Vertreter der Opposition wollten aber nicht einsehen, daß veränderten Verhältnissen entsprechend Rechnung getragen werden muß. Die Notwendigkeit habe sich ihnen auch bei der Beurteilung der Tarifgemeinschaft aufgedrängt, die sie früher bekämpften.

Ohne tarifliche Vereinbarungen gebe es heute noch viel weniger als früher. Das beweise das Streben sämtlicher Arbeiterkategorien nach Karrieren. Demgegenüber können die Buchdrucker zwischen Vergangenheit und Gegenwart keinen Strich ziehen. Es sei nicht notwendig, den Klassenkampf ständig im Munde zu führen. Nicht was man sagt, sondern was man tut, ist ausschlaggebend. Wenn die Buchdrucker in aufregenden, mißvollenen Beratungen mit den Unternehmern sich bemühen, ihre Existenzverhältnisse zu verbessern, so ist das „Harmonieedikt“. Sehen sich dagegen andere Arbeiterkategorien, z. B. Metallarbeiter, mit ihren Unternehmern an den Tisch, dann ist das eine „revolutionäre Kampfhandlung“. Sind die Erfolge der „Kampfhandlung“ auch äußerst bescheiden, so bleiben sie doch revolutionär. Die Buchdrucker beschäftigen man nur „wirtschaftsriedlicher“ Unterhandlungen. Die kürzlich erfolgte Schaffung einer Bezahlungsordnung war eine revolutionäre Tat. Zum Betriebsrätegesetz übergehend, dessen Aufbarmachung zur geforderten Neuorientierung gehört, hebt Redner hervor, daß das Gesetz eine Menge praktischer Werte enthält, die verpuffen müssen, wenn man bloß Kritik daran übt. Die enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten ist unbedingt nötig. Ein Quantchen Praxis sei mehr wert als ein Senker Theorien. Die früher an der sozialen Gesetzgebung rückständig gebliebenen Kritik sollte uns warnen, in vorrätiger Kritik zu weit zu gehen. Später müssen wir uns vielleicht Vorwürfe machen, weil nicht mit allen Kräften das Gute im Betriebsrätegesetz zu rechter Zeit nutzbar gemacht worden ist. Was unter der wilhelminischen Ära möglich war zur Verbesserung der sozialen Gesetzgebung, muß erst recht möglich sein unter der sozialistischen Staatsverwaltung. Die diesumstrittene Sozialisierung erscheint nicht so leicht durchführbar, wie viele meinen. Trotz Entfallsen jeder entsprechenden Vorbildung werde heute von vielen über Sozialisierung als dem Selbstverständlichen der Welt gesprochen. Und doch stelle sie gewaltige Anforderungen. Darüber seien sich — wie Redner an Zitaten belegt — die bedeutendsten Theoretiker einig. Was die Sozialisierung im Buchdruckerberuf speziell betrifft, la habe Kollege Schaeffer ein ziemlich ausführliches Programm aufgestellt, das zwar teilweise als utopisch betrachtet wird, dessen Vorschläge aber immerhin als Bausteine zur Ausgestaltung des Lohn- und Arbeitswesens im modernen Sinne zu benutzen sein werden. Zumal deshalb, weil sich die Schaefferischen Vorschläge deden mit den kürzlich veröffentlichten Sozialisierungsplänen eines bekannten Prinzipals. Bei der Verwirklichung dieses Programms kommt es darauf an, daß die Arbeiterkraft den nötigen Einfluß bekommt. Eiferfüchteleien und Stänkereien untereinander werden es dahin bringen, daß die Arbeiterkraft der leidtragende Teil bleibt. Staatsentrichtungen sind natürlicherweise mit Fehlern und Mängeln behaftet. Das Gute aus diesen Einrichtungen herauszuschälen, ist unendlich nützlich, aber das Alles-oder-nichts-Standpunkt. Mit der Abschaffung des Kapitalismus geht es nicht so schnell, wie die Befürworter der Diktatur des Proletariats glauben. Es gibt Leute, die den Massenstreik als Mittel betrachtet. Gewiß kann der Kapitalismus durch ununterbrochenen Massenstreik erwürgt werden, nur ist zu befürchten, daß den Arbeitern dabei früher der Atem ausgeht. Möge alles streiken, nur die Vernunft darf es nicht. Auf der Generalversammlung muß vor allem praktische Tagesarbeit geleistet werden, unter entsprechender Ausnutzung der tatsächlichen Verhältnisse. Mit größter Vorlicht ist an alle Vorschläge heranzutreten. Noch nie hat es so viel Quacksalber gegeben, wie heute. Eine alte Erfahrungstafel ist es, daß die besten Gesetze nichts nützen, wenn die Bürger nicht zu ihrer Befolgung erzogen sind. Aber alles Trennende hinweg muß verflucht werden, zur Einheit zu gelangen. Die Sehung der Gehilfenchaft in materieller und geistiger Beziehung ist unsere eigentliche Aufgabe. Vorbedingung dazu ist das brüderliche Verständnis und die kollegiale Eintracht. Niemand wird bestreiten können, daß unser Verband eine Kulturarbeit geleistet hat. Als Banner und Leitern muß uns auch fernerhin vorleuchten, die Gehilfenchaft emporzuführen aus Wohlneuschheit und Bedrückung. (Starker Beifall.)

Selbst empfiehlt, bei der Diskussion über den Abschnitt a) des zweiten Punktes neben dem Mitbestimmungsrecht auch die Fragen des Indusriefreiverbandes und der Arbeitsgemeinschaft zu berücksichtigen. Ausgeschlossen soll vorläufig nur die Tarifgemeinschaft bleiben.

Dem wird zugestimmt und auf Antrag weiter beschlossen, einem von der Opposition zu stellenden Vertreter eine einstündige Redezeit zu gewähren.

Böttcher (Leipzig) zog als Korreferent stark gegen die Arbeitsgemeinschaften zu Felde. Diese seien auf geworden durch die Revolution. Zwar sei das Unternehmertum während der Kriegszeit zu einer gewissen Macht und finanziellen Stärke gelangt, aber nach dem verhängnisvollen Kriegsausgang sei eine innere Zerrüttung des kapitalistischen Organismus zur Tatsache geworden. Die Unternehmer suchten zu reifen, was noch zu reifen war. Das gab Anlaß zur Herausziehung der Arbeiter zur Erörterung wirtschaftlicher Fragen in Arbeitsgemeinschaften mit einer gewissen sozialistischen Draperung. In Wirklichkeit laufe die ganze Sache jedoch nur auf eine Täuschungspolitik hinaus zwecks Sicherstellung der privatrechtlich-kapitalistischen Produktionsweise. Für die Arbeiter handele es sich darum, zu entscheiden, ob sie jene Täuschungspolitik noch länger mitmachen und in der Arbeitsgemeinschaft verharren wollten oder nicht. Zur Täuschung beruhe es auch, wenn man annimmt, man könne — wie es auch Kollege Schaefer wolle — die Unternehmer überzeugen von der Notwendigkeit, ihren Privatbesitz nach gemeinschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten. Anerkannt solle zwar werden, daß Schaefer in seinem letzten „Korr.“ Artikel schon über sein Problem einer Berufsverfallung für das Buchdruckgewerbe ein Stück hinausgegangen sei und das Ganze schärfer umgrenzt habe. Es sei verständlich darauf hingewiesen, daß man die Arbeitsgemeinschaften brauche, um durch die Mitarbeit darin wichtige Einblicke in die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens zu gewinnen und so auch hinter die Schliche des Unternehmertums zu kommen. Nein sachlich solle der gute Glaube der Gewerkschaftsführer, dadurch der Arbeiterchaft einen Dienst zu erweisen, nicht verkannt werden. Wie es aber in Wirklichkeit damit stehe, habe ein ehemaliger Führer der Schwerindustrie ausgeführt. Wiltons Forlen, früher einer der leitenden Direktoren des großen Schiffs-Konzerns, bezeichnet in seiner im Verlage „Deutsches Vaterland“ erschienenen Schrift „Sozialisierung und Wiederaufbau“ die Arbeitsgemeinschaften als eine hauptsächlich von der Schwerindustrie geschaffene Einrichtung, um unter sozialem Deckmantel privatrechtlich-kapitalistische Interessen zu fördern. Das sei auch im „Berliner Tageblatt“ und anderswo zum Ausdruck gekommen. „Mittels geringer Lohnaufbesserungen“, sagt Forlen weiter, „haben sich die Unternehmer die Mitarbeit der Arbeitervertreter in der Arbeitsgemeinschaft mit wenigen Ausnahmen gesichert und benutzen diese dann geschickt gegenüber der Regierung, um Preiserhöhungen durchzuführen, die weit über das Maß des Notwendigen hinausgehen. So wird der Arbeiter als Vorposten kapitalistischer Interessen vom Schaden der Allgemeinheit und unsres Wirtschaftslebens mißbraucht.“ Dieses Einverständnis eines bürgerlichen Schriftstellers müsse zu denken geben. Tatsächlich handle es sich in den Arbeitsgemeinschaften um ein Bündnis mit den Arbeitern zum Schutze des realen gegen das unreelle Kapital. Das Schicks des wirtschaftlichen Zusammenbruchs argente vieler lachende Sumpfböden in Gestalt des Wucher- und Schleichhändlerkums. Das alle Industrie- und Handelskapital fühlt sich durch das neu entstandene Kapital arg bedroht und sah sich infolgedessen nach einem Bundesgenossen um, den es im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde fand. Zunächst wird die Stärkung des Kapitalismus herbeizuführen versucht mit Hilfe von Lohnerhöhungen, die infolge der fortgesetzten Preissteigerungen real gar nicht in Erscheinung treten. Der auf diese Weise verübte Volksbetrug werde selber nicht überall erkannt, aber tatsächlich handle es sich um ein Bündnis mit Kapitalisten zur Ausbeutung des gesamten Konsumententums. Die steigende Tendenz des Großkapitals auf dem Wirtschaftsmarkt sei die Folge, was wiederum bewiese, wie real die heutige Wirtschaft zur Sozialisierung sei. Der Arbeiterchaft werde in ihrem großen Kampf um den Sozialismus durch die Arbeitsgemeinschaften kein Dienst erweisen, weil es nicht darauf ankommt, hinter gewisse Schliche des Unternehmertums zu kommen, dem Betrage nachzuspüren, sondern diesen Betrag ein Ende zu machen. Die Vertreter der Arbeiterchaft würden in der Arbeitsgemeinschaft lediglich gehört. Im Sinne der Arbeiterchaft gelegene Beschlässe der Spitzenorganisation würden durch die einzelnen Unternehmerverbände einfach sabotiert, wie ja der Beschluß der Arbeitsgemeinschaft für das Papierfach über Bezahlung der Streiktage bewies. Ein großer Teil der Arbeitervertreter mag in besserer Absicht in den Arbeitsgemeinschaften tätig sein, aber sie halten in Wirklichkeit nur die Sozialisierung dadurch auf. Aber den Weg dazu bestehen heute zwei Auffassungen. Die eine will erst den Wiederaufbau der Wirtschaft, um dann zu sozialisieren; die andre will, um überhaupt zu geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen zu gelangen, sofort sozialisieren. Die Frage sei so zu stellen: Will man in Spitzenorganisationen, Arbeitsgemeinschaften, Kommunalverbänden usw. die Sozialisierung erledigen oder will man die Hilfe der breiten Massen dazu in Anspruch nehmen? Wer da glaubt, durch geschickte Verhandeln mit den Unternehmern zum Ziele zu kommen, täuscht sich. Die Arbeiter sind gezwungen, um das Chaos zu überwinden, die Produktionsmittel den Händen der Besitzenden zu entwinden. Nicht die Unternehmer in ihrer Gesamtheit seien es gewesen, die unsre Volkswirtschaft hochgebracht hätten, sondern die große Masse der Stopp- und Handarbeiter in ihrem intelligenten Zusammenwirken. Sie seien infolgedessen auch imstande, die Verwaltung und Aushubung zu übernehmen. Dem offenen Konflikt zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft wollten die alten Gewerkschaftsführer aus dem Wege gehen, weil sie zu keiner Auslösung nicht imstande seien, weil nur eingeschlagen in die Massenkampfmethode der vorrevolutionären Zeit. Die Vorbereitung auf den Bürgerkrieg will man sabotieren. Statt dem drohenden Konflikt zu begegnen, trägt man sich mit der Hoffnung,

ihm aus dem Wege gehen zu können. Im offenen Kampfe werde die Überführung der privatrechtlich-kapitalistischen Wirtschaftsweise in die gemeinschaftliche erfolgen müssen. Dazu sei die große Masse der Arbeiter nötig, die entsprechend organisiert werden müsse. Die Räteorganisation sei das Mittel dazu. Über der Kleinarbeit dürfen nicht die großen historischen Zusammenhänge aus dem Auge verloren werden. Auf der Grundlage des wirtschaftlichen Rätelehrens müsse auch unter Organisation umgefaßter werden zum graphischen Industrieverband. Das erfordere die geschichtliche Notwendigkeit. Auf den Kampf um die Produktionsmittel gelte es die Organisation einzustellen. Dadurch könnten die Buchdrucker wieder zu Pionieren in der Arbeiterbewegung werden. Die Konzentration des Kapitals führt im graphischen Gewerbe immer mehr zur Auflösung von Einzelbetrieben und zur Bildung von Aktiengesellschaften usw. Die hier gewählten Betriebsräte-Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen sind, bilden die Zelle zum Aufbau des graphischen Industrieverbandes auf der Grundlage des Rätelehrens. Das sei das Organ, mit dem der entscheidende Kampf zwischen Kapital und Arbeit ausgenommen werden könnte. Es sei gewis fraglich, daß die deutsche Arbeiterbewegung gelassen ist, aber hier diese sich Gelegenheit, Hand in Hand zu arbeiten zum Wohle der Gesamtheit der graphischen Industriearbeiter. (Starker Beifall bei der Opposition.)

#### Vierter Verhandlungstag (17. Juni) (Vormittags Sitzung)

Selb begrüßt zunächst die aus Berlin noch eingetroffenen Tarifratsmitglieder und macht dann einige Mitteilungen über die Notwendigkeit der Bildung von Kommissionen und über die Zurückhaltung von Anträgen. Dann geht Vorsitzender auf die Ausführungen des Korreferenten Böttcher von gestern abend ein unter Anerkennung von deren Sachlichkeit. Er bittet aber die weiteren Redner, nicht auf zwei Herodotusreden von Böttcher einzugehen. Der Verband muß praktische Arbeit leisten und kann nur Wege beschreiten, die im Interesse untrer Kollegen und der Arbeiterchaft überhaupt liegen.

Nach kurzen Bemerkungen von Böttcher und Lampe wird in die Diskussion über das Referat von Fülle und das Korreferat von Böttcher eingetreten.

Selb eröffnet sie mit einem Symnium auf die Ausführungen von Böttcher. Er äßere Ausprüche, die deren Richtigkeit noch mehr erbringen sollen. Fülle hat nicht recht gehabt mit seinen Äußerungen von Kassale. Er stellt Fülle andre Ausführungen von Kassale gegenüber über die Reize des arbeitenden Volkes. In der Sozialisierungsfrage sind die Dinge doch weiter gediehen, verschiedene Zweige sind reif für die Sozialisierung, darunter die Papierherzeugung und auch die Presse. Aber man operiert noch mit dem „Räte“-Bündnis und der verwaschener Tarifgemeinschaft, auch der „Korr.“ hat das und hat manches Merkmal über die Arbeitsgemeinschaften geschrieben. Sozialismus nur ist Leben und der Kapitalismus Tod. Wer sich nicht am Massensterben des Proletariats schuldig machen will, der muß den Weg des revolutionären Klassenkampfes gehen. Die Generalversammlung hat über die Resolution Böttcher zu entscheiden. Sie möge lo entscheiden, daß die Gemeinschaft der Arbeiter liegt.

Schmidt meint, die größten Phrasen würden da gedehlt, wo man vom Mitbestimmungsrecht unter dem Kapitalismus rede und von Einschränkung auf die Produktion. So etwas ist aber in Wirklichkeit ausgeschlossen. Wenn seine Seite die Ansicht haben könnte, es würde mit der Evolution gehen, dann könnten sie mit der andern Seite gehen. Aber Böttcher hat erklärt, daß die Revolution nur das und das bemerkenswert habe. Massini hat schon im Jahre 1905 auf dem Gewerkschaftskongress sich ganz verständlich geäußert über die wahre Stellung des Unternehmertums zu der Arbeiterchaft und verlangte reine Arbeiterkammern. Die Unternehmer bringen jetzt der Erziehung der sozialistischen Wirtschaftsordnung den größten Widerstand entgegen. Deshalb kann von Arbeitsgemeinschaften gar nicht die Rede sein. Seine Freunde wollen auch positive Arbeit leisten. Die Tarifgemeinschaft hat die Kollegen ganz selbständig gemacht, sie aber wollen selbständige Menschen haben. Man soll sie unter zentraler Leitung die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben selbst regeln lassen. Die Delegierten sollten sich für den graphischen Industrieverband nach ihrem Programm erklären und zur Mitarbeit auf diesem Wege bereit sein.

Es erfolgt sodann von Selb die Mitteilung, daß bereits Vorschläge zur Bildung je einer Kommission für den ideellen wie materiellen Teil der Anträge eingegangen seien und stellt Ergänzung anheim.

Böhling erklärt, auch sie wären geneigt, mit der Opposition zusammenzuarbeiten, aber es müssen die richtigen Voraussetzungen dazu gegeben sein. Er stehe auf dem Standpunkte, die Betriebsräte dürfen nicht zu Zwecken in Anspruch genommen werden, wie das einzelne Anträge erkennen lassen, wozu sie aber gar nicht da sind. In München hat man während der Räteperiode mit den revolutionären Betriebsräten in der Beziehung sehr vieles erleben können. Es konnten da Leute in den Vordergrund treten, die von Krupp in Essen als Gelbe nach München gekommen waren. Diesen Elementen war dann auch ein Mann wie Kurt Eisner nicht genehm; er, der ganz sicher München vor einem solchen Chaos bewahrt haben würde, wenn er noch gelebt hätte. Diese Art von revolutionären Betriebsräten hat Handlungen an den Tag gelegt, die wahrlich nicht zur Nachahmung reizen, auch die Denunziation war an der Tagesordnung. Die Gewerkschaftsführer hatten die allerwichtigsten Verhältnisse durchzumachen. Man konnte damals auch die größten Sozialisierungstheoretiker in München kennen lernen. Der bekannte Dr. Neuraß

wollte auch die Presse sozialisieren, aber das wäre darauf hinausgelaufen, daß nur die von ihnen vertretene Meinung aus der Presse hervorgegangen wäre. Was man ihn fragte, wo dabei die Arbeiter des Buchdrucks bleiben sollten, da habe es einfach geheißen: bis zum 20. Lebensjahre brauche niemand zu arbeiten und über 50 auch nicht. Da das in andern Gewerben doch auch lo gewesen wäre, würden die älteren wie die jüngeren Arbeiter auf der Straße gelegen haben. Der Massenstreik ist ein Experiment, das man nur in besonderen Fällen anwenden sollte, sonst nimmt das Interesse daran ab, wie es in München der Fall ist. Auch unter Berufung auf Ausführungen auf der Genossenschaftsfestung geht über die Behandlung der Konsumvereine in Sowjetrußland ersucht Redner, daß man die Neutralität im Verbandsstatut aufrechterhalte.

Massini ist der Ansicht, daß nun bis zum vierten Tage sehr viel Zitate zu hören gewesen sind. Die Generalversammlung steht aber noch vor dem Rästel, wie eine Lösung gefunden werden soll. Wie Böttcher es will, würde die Generalversammlung keine Pionierarbeit leisten. Wir aber wollen hier Beschlässe fassen, die in ideeller wie materieller Beziehung gut zu nennen sind. Wie der Nürnberger Gewerkschaftskongress 1919 es getan, so ist der Weg zum Sozialismus zu bereiten. Es bedarf dazu vieler Aufklärung, Erziehung, Vorträge usw. So können wir uns außerhalb untrer praktischen Tagesarbeit mit dem Sozialismus beschäftigen. Es ist deshalb aber notwendig, daß im Verbandsstatut die parteipolitische Neutralität als gewerkschaftliche Notwendigkeit zum Ausdruck kommt. Das geschieht in der Vorlage des Verbandsvorstandes zum § 1 auch ganz richtig. Kommt es nicht dahin, dann haben wir nur noch den revolutionären Klassenkampf auf der Tagesordnung in untrer Versammlungen. In Berlin und anderswo ist praktische Tagesarbeit schon gar nicht mehr möglich. Der Tarif ist uns von den Prinzipalen gekündigt, wir werden es umgekehrt auch tun. Die ökonomischen Verhältnisse müssen den Maßstab abgeben für den neuen tariflichen Zustand. Aber nicht, wie Schmidt es will, mit Willkürfreiheit in den Betrieben geht das; da hat die Vergangenheit genug gelehrt, daß es lo gar nicht geht; das ist kein Weg für eine Organisation von 70000 Mann. In der „Freiheit“ war am 6. Juni d. J. zu lesen: „... Gewisse Däumig fördert die Gestaltung des Betriebsrätegelebes, das der alten Gewerkschaftsbureaukratie allen Einfluß gibt. Der große Revolutionisierungsprozeß darf auch nicht haltmachen vor den Gewerkschaften. In diesen Block müssen überall Bohrer gemacht, Dynamit gelegt und der Block auseinandergeprengt werden.“ Redner nimmt an, daß niemand in diesem Gaule Däumig auf diesem Wege folgen möchte. Er bedauert aber, daß die Kollegen von der Berliner Opposition lo etwas ruhig in solchen Versammlungen mit anhören, zumal Däumig auch gesagt habe, wer das nicht wolle, könne nicht zur UGP, gehörig gehen. Die Neutralität, wie sie der Bauarbeiterverbandstag jüngst festgelegt hat, das, um alles in den Organisationen zu haben, völlige Freiheit in parteipolitischer Beziehung in der Gewerkschaft zu bestehen hat, müsse erhalten bleiben. Sonst würde den Christlichen nur Wasser zugefrieben. Für uns ergeben sich auch entsprechende Schüsse. Er warnt aber, den Anträgen auf Errichtung eines Verbandsauschusses und eines Bezirks Folge zu geben, dadurch würden nur Schwierigkeiten für den Verbandsvorstand entstehen. Ein jeder Teil müßte eine Exekutive haben, da könnte es leicht ein Gegenüber geben. Im allgemeinen: Man dürfe nicht glauben, mit revolutionären Worten untre Lage beheben zu können, das könne nur durch praktische Arbeit geschehen.

Engelmeier erwähnt, daß er schon vor einem Jahre vor einem Berliner Kollegenkreise einen Plan entwickelt habe, wie Böttcher das gestern mit dem Industrieverband auf der Grundlage des revolutionären Betriebsrätelehrens gefast habe. Damals hätten ihm auch Kollegen anderer Richtungen zugestimmt. Um lo mehr muß er bedauern, daß sich die Delegierten nicht zugänglich zeigten. Sie würden praktisch mitarbeiten. Georg Bernbard hat in der „Börsen Zeitung“ das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zum Betriebsrätegelebe richtig gekennzeichnet. Die Nationalversammlung hat diesem nur zugestimmt, weil die Befürchtungen des Kapitals darüber sich nicht erfüllen. Wir sind mit untern Vertrauensmännern von früher weiter gekommen, hätten mehr Bewegungsfreiheit gehabt. Der Betriebsrat müßte noch vorläufig operieren, sonst könnte er gar in das Gefängnis kommen. Innerhalb der Tarif- und Arbeitsgemeinschaften können die Arbeiter nicht vorwärts kommen, sonst machten die Unternehmer nicht mit. Daß wir aus dem engen Berufsverbände heraus müßten, dafür sei der Graphische Bund lo ein gewisses Anzeichen. Anscheinend werde die Betriebsrätezentrale in Berlin vom Gewerkschaftsbunde sabotiert. (Zuruf: Ungehebr!) Sie verlangen Mitarbeit und die Heranziehung der Betriebsräte, die die Gesamtheit der Arbeiter in den Betrieben vertreten. Der Graphische Industrieverband, wie sie ihn wollen, ist die richtige Zusammenfassung. Der Kapitalismus muß an den Produktionsstätten bekämpft werden. Im „Korr.“ haben gute auflärende Artikel gestanden, sie sind aber nicht beachtet worden wie lo vieles. Seine Idee, von dem aufgeschickerten Kapital der Organisation einen Teil für die Zwecke des Industrieverbandes abzugeben, den andern aber den für jeden graphischen Beruf zufälligen Unterstützungsvereine als Betriebskapital zu überweisen, sei auch ein gangbarer Weg, wenn er von dem Böttcherchen schon etwas abweicht. Die Neutralität hat nur den indifferenten Kapitalismus erzeugt. Sie muß fallen, aber nicht wie Antrag 31, sondern wie 32 es will. Der Zusammenschluß aller müße erfolgen, auch wenn es mit den sogenannten Arbeiterunionen wäre. Klassenkampf, Revolution und Sozialismus, das sind die Etappen.

Prog ist nicht enttäuscht über die Verhandlungen wie Engelmeier. Der Opposition sei Sachlichkeit fast ausnahmslos zuzurechnen. Es sei eine falsche Annahme von Kollegen Böttcher, daß die Gewerkschaften durch das Mitwirken in der Zentralarbeitsgemeinschaft die historische Schuld an sich geladen haben, daß der Kapitalismus sich wieder festigen konnte. Die Kumbation des Kapitals erfolgt nach Marx aus sich selbst heraus. Die Methoden zur Überwindung des Kapitalismus könnten verschiedene sein, aber ob evolutionäre oder revolutionäre Methode, das sind nur relative Begriffe. In Ungarn hat das Proletariat eine Methode zur Überwindung der Monarchie angewandt, daß die Reaktion gekommen ist, deshalb war diese Methode reaktionär. Der Klassenkampf wird zur Ideologie, zum Dogma, wenn das Reale zu sehr außer acht gelassen wird. Der Kollege Böttcher sei ein Beispiel von sozialistischer Ideologie. Je mehr wir zeitlich vom Sieges uns entfernen, je mehr verschwindet auch die Kriegssymbolik und damit manche frühe Erscheinung im Volk. Der Rückgang der Kriminalität bemerkt das jetzt schon. Ehemalige radikale Genossen, die jetzt sich in Regierungskreisen usw. befinden, lagen, sie hätten eine Dummheit gemacht mit dem Regieren früher. Jetzt habe man die Beherrschung, wenn man die reaktionären Beamten um sich herum habe. In den Druckzentren sei es erklärlich, wenn dort die revolutionäre Stimmung überwiegt, gebe er als Nichtradikaler aber hinaus in die Provinz, dann werde er schon als mit revolutionärer Stimmung behaftet angesehen. Die Kollegen, die hier so radikal auftreten, sollten doch die ganz unterschiedlichen Verhältnisse in Betracht ziehen. Man darf auf der einen Seite nicht alles andere ablehnen, darf aber als Radikaler auch nicht alles andro negieren. Die Kämpfe um den kollektiven Arbeitsvertrag waren auch ein ansehnliches Stück Klassenkampf. In den Gewerkschaften dürfe sicher nicht alles so bleiben. Stausky hat früher heftige Ansichten über die Gewerkschaften geäußert. Die Gewerkschaften müssen den Sozialismus mehr betonen, und wir müssen im § 1 unseres Verbandsstatuts aussprechen, daß wir eine sozialistische Gewerkschaft sind. Wenn beiderseits hier Konzessionen gemacht werden, dann wird es auch gehen.

Schaeffer: Wir stehen in der Diskussion über die sogenannte Neuorientierung unseres Verbandes. Das heißt doch nichts anderes, als daß neue, zeitgemäßere Richtlinien für unsere zukünftigen Verbandsaufgaben gesucht und ausgearbeitet werden sollen. Dazu geböre aber schon in der neuen Verfassung unserer Organisation eine klare und unabweisliche Festlegung des eigentlichen Daseinszweckes unseres Verbandes. Es sei daher nötig, daß, ehe an eine formale Neuorientierung des Verbandes herangetreten wird, wir uns klar darüber sein müssen, was wir eigentlich im Sinne der neuen Zeit wollen. Die Tarifgemeinschaftsidee durchzog die ganzen bisherigen Verhandlungen wie ein roter Faden, so darf sie auch bei diesem Punkte der Tagesordnung nicht "ausgelassen" werden. Denn auch der Neuaufbau des Verbandsstatuts kann nicht durchgeführt werden, ohne daß wir uns über den Umfang und Neuaufbau der Arbeits- und Lohnverhältnisse geeinigt haben. Die meisterhafte Darlegung des Standpunktes des Verbandsvorstandes durch Fülle sei hochzufrieden, und er habe keine Veranlassung, zu diesen formalen Richtlinien Stellung zu nehmen. Er treue sich aber insbesondere über die Annäherung des Referenten des Verbandsvorstandes an das Problem der vom Redner aufgestellten Berufsgemeinschaft. Unter voller Anerkennung der sachlichen Darlegungen der Grundzüge der sogenannten Opposition durch Böttcher, denen Redner zum großen Teil zustimmen kann, soweit sie sich nicht auf parteipolitische Gebiet beziehen, sei doch zu sagen, daß bei Böttcher die äußere Form den inneren Kern weit übertrage. Er will mit dem ausschließlichen Rückblick auf neue Organisationsformen und dann ans Werk gehen, um den Sozialismus durchzuführen zu können. Böttchers stark ausgeprägte Einschätzung auf die geschichtliche Entwicklung läßt ihn vergessen, daß nicht die Geschichte den Menschen macht, sondern die Menschen die Geschichte. Daher sei es viel besser, wir bleiben auf dem Boden der natürlichen Entwicklung. Wir müssen die Menschen nehmen, wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollen. Das gleiche gilt aber auch für die menschlichen Organisationen und damit auch für unsern Verband. Diesen müssen wir selbst zu einem kräftigeren Stützmittel gestalten, das uns den rauen und feingenen Weg zum Sozialismus, den ja auch Kollege Selb will, so sicher überwinden läßt, daß wir ihn auch tatsächlich erreichen. Daß wir auf diesem Wege zum Industrieverbande kommen, sei eine Selbstverständlichkeit. Schon vor nahezu 30 Jahren habe er als Lehrling in Straßburg den Hilfsarbeiter Zirkulare und Lohnangaben aufgelegt und durch solche Sandhühnerarbeit auch späterhin dazu beigetragen, daß heute der Hilfsarbeiterverband ein kräftiger Stein im Fundament aller graphischen Organisationen geworden ist. Daher sei es auch zwecklos, sich nur an etwas zu klammern, was man in ganz natürlicher Entwicklung kommen sieht. Es sei viel besser, heute schon im Vertrauen auf die Kraft des menschlichen Geistes dem harten Kampf ums Dasein die wichtigsten Stadien zu nehmen. In dem Problem der Berufsgemeinschaft sei der Kollegenrat ein Weg gezeigt, wie wir aus eigener Kraft mit den Mitteln unserer Organisationsorganisationen einen praktischen Übergang zum Sozialismus finden können. In seinem Artikel "Tarif-, Arbeits- oder Berufsgemeinschaft?" in Nr. 61 des "Korr." sei kurz zusammengefaßt, warum die Überwindung der Tarifgemeinschaft durch die Berufsgemeinschaft eine harte Notwendigkeit sei. Hier sei ein Weg gezeigt, der in seinen Hauptzügen zwar langsam, aber sicher aus dem Tempel der privatkapitalistischen Wirtschaftsform herausführt. Aus allen diesen Gründen unterbreite er der Generalversammlung eine programmatische Erklärung, die in kurzer, näch-

ferner Weise ohne jeden Überschwang von Worten ein höhergeordnetes Ziel als bisher, einen Neuaufbau unserer Organisation wie auch einen gründlichen und zeitgemäßen Umbau, nicht Wiederaufbau, auf gemeinschaftlicher Grundlage im sozialistischen Sinn, im wahren Sinne dieses Begriffes zum Ausdruck bringe. Wenn die Generalversammlung sich auf den Boden dieser Erklärung stellen würde und dementsprechend auch die Verfassung des Verbandes neuorientiert wird, und zwar in seinen prinzipiellen wie sachlichen Grundlagen, dann wird dies eine Tat darstellen, die noch in den fernsten Zeiten den Delegierten der X. Generalversammlung zur Ehre gerechnet wird.

Neumann kann das von Schaeffer gestellte Verlangen, in dem erklärten Sinn eine Kommission zur Vorarbeit einzusetzen, nur unterstreichen. Es erweckt hier den Anschein, als ob eine Opposition nur in Berlin und Leipzig vorhanden wäre. Die meisten der anderen Redner hätten gefast, als ob sonst gar nichts von Opposition zu spüren wäre. Es gebe aber aus vielen im "Korr." veröffentlichten Einwendungen wie auch aus den Anfragen hervor, daß sich sonst noch der neue Geist regte. Wie das von mehreren Orten nachzuweisen, so sei das Beispiel von Stuttgart durch den Antrag Nr. 5 zu sagen. Das wollen seine Freunde ja auch. Was Mallini von Däumig sagte, sei nur in bezug auf die alte Gewerkschaftsbürokratie gemeint. (Widerspruch von Mallini.) Sie wollten den Verband nicht sprengen. Die Organisation sei aber nicht Selbstzweck. Die Opposition will mehr erreichen für die Gesamtheit und muß deshalb, wenn nötig, andre Mittel zu Hilfe nehmen. Die große Not, die ungeheuren Kosten des Friedensvertrags, die Tatsache, daß Regierungskreise selbst erklärt haben, sie haben kein Mittel, wie der Kriegsoniert werden könne - das alles belege doch, daß es so nicht weitergehen könne. Es müsse deshalb etwas Neues geschaffen werden, denn durch die Verbindung mit dem Kapitalismus vermittelst der Arbeitsgemeinschaften finden wir erst recht keinen Ausweg; dadurch seien nur die wirtschaftlich Schwächeren die Geschädigten. Das Kapital fecht ungeheure Profite ein, das Volk aber verelendet immer mehr. Im Statut müsse zum Ausdruck kommen, daß wir den Klassenkampf betreiben, um zum Sozialismus zu gelangen. Das Nebeneinanderarbeiten der vielen Gewerkschaften in den Gros- und auch in den Mittelbetrieben sei nicht länger von Bestand. Die Industrieverbände sind dafür zu leben, sie können besser arbeiten; es könne dann nur eine Art von Vereinbarungen (Tarif) geben. Das Betriebsrätegesetz habe eminente Verlechtezungen gebracht. Sie arbeiten mit ihm nur, um es zu einem Instrument der arbeitenden Klasse zu machen zu ihrer Befreiung aus den Fesseln des Kapitals. Die Betriebsräte aber müßten zu revolutionären Betriebsräten gemacht werden.

Klein (Stuttgart) bedeutet Neumann, er habe aus der Antragstellung Fülle gefast. "Es ist ein 'Reaktionär' von Stuttgart (Reaktionär Nr. 5) anbelehnt!" "O daß das 'Korr.' das Organ der Unabhängigen abgeseht. Die Böttcher den großen Sprung in das Zukünftige machen will, so sei es eben nicht möglich. Es fehlt die Brücke dazu, die wollen wir aber suchen. Kollege Böttcher läßt alles vernünftig darüber, was jetzt zu geschehen hat. Wenn das Experiment nicht so gefährlich wäre, dann müßte gleich in der nächsten Zeit ein Versuch mit seinem Rezept gemacht werden. Engelmeier und andre hätten bei einer Gelegenheit ja auch erklärt, es sei nicht mehr zu erreichen gewesen. Wenn es sich nur darum handelte, Befreiung in einer Veranlassung zu erwecken, das brähe er auch ganz auf fertig. Er hätte aber damit zu rechnen, daß man ihn bald fragen würde: Freundchen, wo sind denn deine schönen Verheißungen eigentlich geblieben? Böttcher erachtet die Sozialisierungsmöglichkeit für gegeben. Hilferding hat aber in vergangenen Jahr auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress einen anderen Standpunkt eingenommen. Er hat auch erklärt, daß 1918 nach Ausbruch der Revolution die Arbeiterkraft nicht die Macht besessen habe, die man ihr vielfach nachsage. Hilferding macht weiter die Spaltung der Arbeiterkraft verantwortlich, daß vieles anders gekommen ist. Die "Reinlichkeits-Messfällige Zeitung", das bekannte Organ der Schwerindustrie, habe früher schon einmal geschrieben, die Gewerkschaften seien weit gefährlicher als der politische Radikalismus. Aber wenn man sich nicht zu helfen weiß, dann sah man eben lange Resolutionen. Davon gebe es schon ganze Berge; sie gehörten angezündet. Was Schmidt meinte, sei ein Wiederaufleben der Periode der Betriebsräte und bedeute einen Rückschlag um Jahrzehnte. Der Industrieverband kommt bestimmt; das aber revolutionär sein muß, wäre doch nur eine Wortneubildung. Die Tat allein ist maßgebend. Man könnte sonst ja auch sagen: revolutionäre Tarifgemeinschaft. Deutschland kann gar nicht allein sozialisieren, da ringsum die Rohstoffquellen liegen; Länder, die zumteil aus Kriegskontribution von uns verlangen. Es ist wirklich richtig, über Marxismus, Sozialismus ist seit 1848 nicht so viel geschrieben worden, als seit den Tagen der Revolution. Das heutige Wirtschaftssystem muß verschwinden. Solange dieses Ziel aber noch nicht erreicht ist, müßten wir eben auf mittleren Wegen zusammengehend vorwärtszukommen suchen.

Körber erklärt, die Referate von Fülle wie von Böttcher hätten die Generalversammlung zu niedrig eingeschätzt. Wie Fülle den Berliner Generalstreik im März mit seinen Auswirkungen auf die arbeitende Bevölkerung ausgemalt hat, so schimmere es doch nicht gewesen. Im Kriege war es oft schlimmer. Die Generalstreikwaffe dürfte man allerdings nicht so oft ziehen, sonst werde sie kumpfen. Das Proletariat von Böttcher habe ihm nichts Neues geboten; es war aber von großem Edwange. Von den Arbeitsgemeinschaften sei auch er kein Freund. Die Arbeitsgemeinschaft mit den Kollegen aber lege ihm

am Herzen, die Rede ihm höher als die mit den Prinzipalen. Trotzdem könne er die letztere nicht einfach beiseitelegen, weil wir noch nichts anderes dafür hätten. Er habe das vorletzte mal mit an der Karl-Luis-Konferenz teilgenommen. Da habe er das Gegenteil von der Behauptung wahrgenommen, daß die Arbeitervertreter durch ihre Tätigkeit in den Arbeitsgemeinschaften, durch den Umgang mit Kapitalisten, korrumpiert werden. In schärfer Form haben die Gehilfen und die Organisationsvertreter die Interessen der Kollegen wahrzunehmen und sich von der andern Seite durch nichts beirren lassen. Er teilt nicht die Auffassung von Böttcher, daß die Dinge schon reich wären, um zur Sozialisierung zu schreiben. Ihm gefalle es gar nicht, daß man sich hier mit großen Zukunftsfagen plagt, daß aber nichts versucht werde, um die große Gegenwartsnot zu beseitigen. Die Situation ist augenblicklich sehr schwierig für uns. Die Prinzipalität ist jetzt so weit, daß sie die Tarifgemeinschaft gern aufgibt. Aber die Kette des Proletariats habe er eine andre Meinung wie Böttcher. Nur mit den sogenannten Gewerkschaftsbürokraten können wir einmal durchdringen. Daß es nicht zur Durchführung der bekannten acht Punkte gekommen ist, ist sehr bedauerlich. Aber es ist dies nicht die Schuld der Gewerkschaftsleiter, sondern einen Mann treffe dafür der schwerste Vorwurf, der für die Arbeiterkraft dadurch ausgesprochen sei. Die Arbeiterkraft habe beim Berliner Generalstreik nicht mehr weiter gekonnt. Er habe damals auch abblenden müssen. Seine UG-Deute hätten deswegen bald sonst was mit ihm angefangen, aber nach noch nicht zwei Tagen hätten sie ihm selbst gesagt, daß es so doch richtig gewesen wäre. Redner erfuhr, doch die Hinweise auf Ruhland oder Ungarn zu unterlassen; wir kennen alle die dortigen Verhältnisse nicht richtig. Nach seinem politischen Bekenntnisse müßte er der Opposition recht geben, nach seiner wirtschaftlichen Erkenntnis aber gebe er andre Wege und arbeite mit andern Mitteln, greife auch nicht die Gewerkschaftsleiter an. Jetzt sei die Scheinkonjunktur zusammengebrochen, jetzt stehen wir vor einer Krise von großer Ausdehnung, und dabei sei die Not ungeheurer groß. In dieser fürchterlichen Not des Tages sollten wir uns nicht mit bombastischen Worten realisieren. Alle sollten wir im Rahmen der Organisation zusammenarbeiten.

Selb betont, daß noch 49 Redner eingezeichnet wären. Wenn es so weiter gehe, könnten wir nicht bis Dienstag fertig werden.

Sporn schlägt darauf Verständigung unter den beiden Richtungen vor, damit nur noch zwei Redner von jeder Seite sprechen.

Barthelme spricht gegen Klein (Stuttgart) wegen dessen Berufung auf Hilferding zur Sozialisierungsfrage. Die Sozialisierungskommission im Reich, der Hilferding doch angehört, wurde bekanntlich davongejagt, als sie dem Kapitalismus etwas anhaben wollte. Gegenüber dem, was Mallini von Däumig festsagt, sei die Bestätigung der Aktionsprogramme der UG, in der Gewerkschaftsfrage. Böttcher habe einmal gesagt, es sei unmöglich, einerseits die Tarifgemeinschaft zu haben und andererseits auf das Kampfrüst zu steigen. Die Tarifgemeinschaft ist eben nur ein Instrument im Interesse der Prinzipale und wohl auch der Gewerkschaftsleiter. Die Tarifgemeinschaft hat sich vielfach als Fessel erwiesen. Trotz der Tarifgemeinschaft sei die Gehilfenvertretung mehrmals gezwungen gewesen, ein Schiedsgericht anzurufen. Die Tarifgemeinschaft verlange auch vollständig bei den mittelständlichen Betriebsabteilungen und bei der Verklebung der Maschinen. Schmidt habe ganz recht, daß die Tarifgemeinschaft den Kampfesgeist und die Kampfkraft der Gehilfen lähmt. Ihre Vertreter haben sich auch oft zu schwächlich gezeigt gegenüber der Prinzipalität. Die Tarifgemeinschaft ist auf eine andre Grundlage zu stellen, hat dem Rätesystem zu weichen. Die Gewerkschaftsleiter stehen dem Rätesystem sehr abgeneigt gegenüber, wie aus Äußerungen Reglers hervorgeht. Die Sorge um die Gewerkschaften selbst mag dabei mitspielen. Gewerkschaften und Räte aber sollten Hand in Hand gehen, und zwar ungefähr, bis wir zum Rätesystem selbst sind. Mallini hat sich in der Rätesfrage schon vor dem recht anpassungsfähig geäußert. Wenn Graßmann in Hannover 1911 gegen den Industrieverband gesprochen hat, weil die Unterschiede in den Organisationen und in ihren Einrichtungen zu groß seien, so wären jetzt die Interneurener daran, den Industrieverband vorzubereiten durch einen allgemeinen graphischen Tarif. Die Generalversammlung müße also ihren Erwartungen über den Industrieverband entsprechen und die entsprechenden Anträge annehmen.

Selbbarth macht hierauf Mitteilung, daß Verständigung dahingehend erzielt worden ist, zwei Redner nur noch von jeder Richtung sprechen zu lassen; dann würden Böttcher und Fülle mit ihren Schlussworten folgen. Die Generalversammlung ist damit einverstanden.

Lampe muß in bezug auf die Ausführungen von Körber sagen: Gott schütze mich vor meinen Freunden usw. Die Berliner Arbeiterkraft wäre beim Generalstreik noch länger aus dem Betrieben geblieben; seine Freunde bestimme. Er wünscht, die Referate von Fülle und Böttcher im Wortlaut drucken zu lassen, damit man draußen in der Kollegenchaft die Weltanschauung der beiden Richtungen kennen lernen kann. Wegen förmliche Experimente, wie eins von Mannheim angeführt wurde, müßten sie Verwahrung einlegen: Die wirtschaftlichen Betriebsräte sollen nur die Überwachung der Produktion ausüben, nicht die Leitung der Betriebe führen, wozu nach wie vor die entsprechend geschulten Kräfte berufen sein sollten. Wenn man hier Böttchers Standpunkt ablehne, dann würde nach allem Gehörten ein Widerspruch klaffen. Schaeffers Problem aber scheitert an der Unternehmungskraft. Eine Berufsgemeinschaft, wie er sie will, mit Gleich-

berechnung der Prinzipale, ist einfach nicht möglich. (Schaeffer: Das liegt ja in meinem Problem gar nicht!) Nur auf dem Wege des Kampfes kann man sich mit ihnen auseinandersetzen. Der Krieg hat vor allem gelehrt, daß die Arbeiter wirtschaftlich ganz anders erzogen werden müssen. Es ist den Arbeitern beizubringen, daß die Arbeit verdienstlich ist. Die Arbeiter müssen zu bewußten Trägern der Produktion gemacht werden. Die Gewerkschaften sind berufen dazu! Nicht mit den politischen Organisationen, nicht als G.P.D., U.G.P. oder K.P.D. lösen wir die wirtschaftlichen Fragen, wohl aber durch die Betriebsräte, durch die Zusammenkündigung der Arbeiter zu einem großen Block. Erziehung und nochmals Erziehung im Sinne des revolutionären Betriebsräteplans!

Es erhalten nunmehr die Vertreter der graphischen Organisation das Wort.

Hab (Lithographen und Steinrunder) meint, die bisherigen Debatten haben ergeben, daß wie auf allen andern Verhandlungen auch hier die gleichen Forderungen und Erwartungen zur Neugefaltung im Vordergrund stehen. Aber über die Wege gehen die Ansichten auseinander. Wenn man sich erinnert, wie früher über andre viel umstrittene Fragen geeinigt worden ist, z. B. Tarifgemeinschaft, Konsumvereinsbewegung, Beteiligung an Landgewerken, da ist es denn kein Wunder, daß jetzt hier der Meinungskampf heiß ist. Die Arbeitsgemeinschaften sind nur eine Klasse zum Ziel. Es ist ein Schlagwort, daß die Einheitsfront der Hand- und Kopfarbeiter das Ziel besser erreichen oder schneller erreichen läßt; die Tagung der Angestelltenorganisationen in Berlin hat sich deshalb auch nur mit einer prinzipiellen Erklärung für den Zusammenschluß begnügt. Die Arbeitsgemeinschaften sind ein Produkt des niedergedrückten Deutschland, und sie sind nur eines der Mittel zum Ziele. Die Opposition will nun nach diesem Niederbruch sozialistischer, während wir der Ansicht sind, daß dies beim höchsten Stande des Kapitalismus viel eher geht. Kollege Böttcher hat viel mit Worten operiert, aber dieser Worten will am wenigsten der Arbeiterverband glauben, er ist aus bestimmten Gründen ein Saboteur der Arbeitsgemeinschaften auf Unternehmensebene. Was Redner und die andern Arbeitervertreter in den Arbeitsgemeinschaften gesehen und erfahren haben, hat ihnen die großen Zusammenhänge aufgezeigt und wie das Kapital verfährt ist miteinander, auch mit dem des Auslands. Da sie erst kürzlich in die entsprechenden Stellen der Papierkonjunktion und der Papierzeugung eingetreten sind, konnte auch noch nicht viel erreicht werden. Wenn die Arbeiterkraft im graphischen Gewerbe aber drauhen bliebe, dann würde praktisch gar nichts erreicht. Was sie dort gelernt haben, dient aber auch dazu, die Befähigung zur Sozialisierung zu fördern. Im graphischen Gewerbe schreiben die Verhältnisse geradezu zum Zusammenbruch. Es muß zur Gleichmäßigkeit in den Arbeitsverhältnissen kommen, damit das Auspielen der einzelnen Berufsgruppen durch die Unternehmer aufgehört. Der Graphische Bund mit dem Zielplan eines Industrieföderationsbundes für das ganze graphische Gewerbe ist also eine Notwendigkeit. Das graphische Gewerbe ist jedoch so notwendig wie kaum ein andres; wir hängen von allem Möglichen ab, sind den Rückschlägen der Konjunkturschwankungen in allen Industrien und Gewerben ausgesetzt. Es ist eine Illusion, daß durch den Böttcherischen Industrieföderationsbund alles überwinden werden kann. Es ist sehr schwer, diese Verhältnisse zu meistern. Er wundere sich aber, daß Kollege Schaeffer seinen Plan allein auf dem Buchdruckgewerbe aufbaut, anstatt auf dem ganzen graphischen Gewerbe. Die Arbeitsgemeinschaft, das größere Selbstbestimmungsrecht, das hier auch zur Frage steht, ist ein Erfordernis, denn auch die Buchdrucker entsprechen sollten. In seinem Verbande hat man mit der Methode, die Mitglieder selbst einschleichen zu lassen, nur gute Erfahrungen gemacht. Vor die Verantwortung gestellt, sind die Mitglieder in seiner Organisation sich der Bedeutung der zu treffenden Entscheidung wohl bewußt. Wenn die Organisationsleitung die Entscheidung allein zu treffen gehabt hätte, dann wäre man mit ihr recht unzufrieden gewesen. Wir können eben nicht anders, wir müssen erst das Nächstgelegene nehmen. (Beifall.)

Saucien (Buchbinder): Der Vorstand der Buchbinderorganisation hat schon seit drei Jahrzehnten Anregungen für einen Industrieföderationsbund im graphischen Gewerbe gegeben, und ihre Verbandstage haben sich viel mit dieser Frage beschäftigt. Bei den Buchdruckern haben die Buchbinder aber lange Zeit hindurch keine Gegenliebe gefunden. Jetzt, unter der neuen Leitung des Buchdruckerverbandes, ist das aber wesentlich anders geworden, das muß er anerkennen. Der Graphische Bund ist ein Vorläufer des Graphischen Industrieföderationsbundes. Der Verband der Buchbinder ist schon zu einer Organisation aller mit der Papierverarbeitung Beschäftigten geworden. Das Unternehmertum ist mit der Schaffung eines Kartells der graphischen Branchen schon vorausgegangen. Grundsätzlich sollte also hier die Gründung eines Industrieföderationsbundes für die gesamte papierverarbeitende Industrie beschlossen werden; wie das, das Nähere, aber erfolgen soll, das kann heute noch nicht festgelegt werden. Auch wegen der Tarifverträge kann es nicht mehr mit dem Getrenntwärtigen weitergehen. Die Buchbinder haben sich auf ihrer Würzburger Generalversammlung gerade wegen der Provinz zum Reichsverband entschlossen. In den Großstädten bzw. in den Druckzentren würde es auch ohne ihn gehen. Die Verhältnisse in der Provinz müssen aber so gestaltet werden, daß die Großstädte nicht durch die Zuwanderung aus der Provinz gefährdet werden. Der Antrag Nr. 2 Berlin ist in seinem zweiten Teile deshalb ganz unannehmbar. Wenn ein Mantelkartell für die Dauer eines Jahres geschaffen wird, der die allgemeinen Verhältnisse regelt, es aber zuläßt, daß die Lohnvereinbarungen möglichst in Anpassung

an die Konjunktur in der Zwischenzeit getroffen werden, dann ist das das Richtige. Betreffs der Reichsarbeitsgemeinschaft für das Papierfach halten die Buchbindervertreter geglaubt, dort müßige Arbeit leisten zu können. Aber sie hätten schon den Eindruck gewonnen, daß die Arbeitervertreter dort mehr oder weniger als Dekoration dienen. Die Unternehmer ihres Gewerbes haben die von der Zentralarbeitsgemeinschaft und von der Reichsarbeitsgemeinschaft beschlossene Broschüre und Tarifverträge glatt abgelehnt und die Bezahlung der Generallöhne trotz mehrmaliger Verhandlungen ebenfalls. Dabei hat der Sonderausschuß ihrer Unternehmerorganisation sogar kühl erklärt, an einer Arbeitsgemeinschaft, die den Unternehmern Pflichten dieser oder ähnlicher Art auferlegt, hätten sie kein Interesse. Die Vertreter der Buchbinder haben daraufhin gesagt, an einer solchen Arbeitsgemeinschaft, wo sie keine Rechte haben sollen, hätten sie ebenfalls kein Interesse. Seine Organisation werde nun ihren Austritt vornehmen und werde das auch beim Vorstände des Graphischen Bundes anregen. (Bravo bei der Opposition.) Er müsse allerdings zugeben, daß für andre Organisationen die Verhältnisse anders liegen, und der Austritt für den betreffenden Beruf Nachteile im Gefolge haben kann. Hierauf Mißsagung.

### Rachmittagsführung

Bucher (Vertreter des Hilfsarbeiterverbandes): In einigen Wochen wird der Hilfsarbeiterverband ebenfalls seine Generalversammlung abhalten. Daß diese Tagung später angelegt ist, hat seine Gründe teilweise auch darin, weil die Vorgänge im Buchdruckerverband für die Hilfsarbeiter von großer Bedeutung sind. Es ist nicht das Bestreben, das was bei den Gehilfen vorkommt, zu kopieren, sondern es handelt sich auch für die Hilfsarbeiter um ein Studieren der besten Wege, um daraus ebenfalls Nutzen zu ziehen. In diesem Sinne werden auch die hier gefassten Beschlüsse auf den Verlauf des Hilfsarbeiterverbandes betruchtend wirken. Auch im Hilfsarbeiterverband besteht ein Richtungsstreit; aber es ist zu sagen, daß über die Frage der Notwendigkeit eines Industrieföderationsbundes bei den Hilfsarbeitern keinerlei Meinungsverschiedenheit besteht. Wenn dieser Wunsch besteht bei den Hilfsarbeitern schon seit den ersten Anfängen ihrer Organisation, und zwar aus rein praktischen Gründen, die den Schwächeren immer zu einer gemeinsamen Zusammenarbeit mit dem Stärkeren drängen. Vor dem Kriege war die Hilfe der Buchdrucker für die Hilfsarbeiter im allgemeinen eine viel größere als in neuerer Zeit. Nicht nur durch den Krieg, sondern weit mehr durch die technische Entwicklung ist das Hilfspersonal im Buchdruckgewerbe viel bodenständiger geworden als früher. Die einst beherrschende Situation, die oft zu einer gewissen Geringschätzung gegenüber den ungelerten Arbeitern Veranlassung gegeben haben mag, ist heute nicht mehr vorhanden. Auch der Hilfsarbeiter hat allmählich eine gewisse Grundlage im Gewerbe erworben. Heute umfaßt die Hilfsarbeiterorganisation über 40000 Mitglieder in ganz Deutschland. Und die Organisation ist bestrebt, ihre Verhältnisse mehr und mehr so zu gestalten, daß auch die ungelerten Arbeiter mehr an das Gewerbe und die gewerkschaftliche Organisation gefesselt werden. Seit vielen Jahren haben wir schon die bittersten Kämpfe um den Besitz geregelter Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiter durch ein bestimmtes Vertragsverhältnis geführt. Es war aber bisher nicht möglich, über die Anfänge hinauszukommen. Es bestanden zur Zeit noch über 100 einzelne örtliche Lohn- und Tarifverträge. Zum großen Teil war auch deren Abschluß nur möglich mit Hilfe der Buchdruckerorganisationen und deren Organisationsleistungen, die uns ein Zutritt zu den mit der Organisationsleistung nur wenig geneigt, mit den Hilfsarbeitern auf irgendeine Verhandlungsbasis zu treten. Nachdem es aber doch endlich gelungen war, in dieser Hinsicht einen Umschwung herbeizuführen, da war es die radikale Opposition innerhalb unserer Organisation, die der Prinzipalität den Vorwand gab, daß die Hilfsarbeiterkraft zum Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages noch nicht reif sei. Es wäre den Hilfsarbeitern in einzelnen Städten ja wohl möglich, die Schaffung von Betriebs- und Ortsarbeitsverträgen zu erzielen; aber der großen Masse der Mitglieder ist damit nicht geholfen, sie leiden unter solchen zerstückelten Verhältnissen. Solange keine einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiterkraft wie bei den Buchdruckern möglich ist, kann auch die Lage des Hilfspersonal nicht gebessert werden. Die Hilfsarbeiter sind abhängig von der sie umgebenden Arbeiterkraft in den Betrieben. Dem Kartell der Deutschen Buchdrucker sowie dem Vorstände des Buchdruckerverbandes danken die Hilfsarbeiter für die bisher geleistete Hilfe in ihrem barten Ringen. Aber damit allein ist noch nicht getan, was die Hilfsarbeiter als Notwendigkeit betrachten. Wir müssen weiterkommen, um zusammen in einheitlicher Weise Ordnung zu schaffen. Wir wünschen Aufnahme in den Buchdruckerarif. Das ist möglich unter gewissen organisatorischen Voraussetzungen, die nötig sind, um solche Verträge halten zu können. Im großen und ganzen sind diese Voraussetzungen bei der Hilfsarbeiterorganisation heute schon gegeben; aber es dürfte doch noch besser sein, wenn wir mit den Buchdruckern zusammenarbeiten. Es gibt außer der Tariffrage auch noch andre Dinge, wo ein solches Zusammengehen vorteilhaft wäre. Durch die Schaffung des Graphischen Bundes ist eine weitere Möglichkeit zur Verständigung, um Schäden zu verhüten, gegeben, und um eine gewisse Solidarität zum Ausdruck zu bringen. Der Graphische Bund ist in dieser Hinsicht der erste Schritt, die erste Etappe zum Industrieföderationsbund. In solcher Weise muß auch in Zukunft weitergearbeitet werden. Das wird aber nicht durch Be-

schluß, sondern durch die Entwicklung der weiteren Verhältnisse herbeigeführt werden. Ein gewalttätiger Zusammenschluß über Nacht könnte schließlich nur einen schwerfälligen Koloss hervorbringen. Das muß also reiflich abgewogen werden, in welcher Weise wir auch hier am besten zum Ziele kommen. Zunächst haben wir dazu die Kartellierung im Graphischen Bunde, der sich die Schaffung des Industrieföderationsbundes als höchstes Ziel gesetzt hat. Bezüglich der Arbeitsgemeinschaften vertritt er einen andern Standpunkt. Wenn auch nicht sofort Erfolg erzielt werden, so darf man nicht gleich abdrücken. Diese Körperchaften sind noch im Stadium der Entwicklung und müssen noch ausgebaut werden. Auffällig ist besonders, daß gerade der Deutsche Buchdruckerverein sich von diesen Körperchaften fernzuhalten sucht. Er scheint auch hier einen tiefen Einblick in die gewerblichen Verhältnisse zu besitzen. Das sollte uns erst recht anspornen, in diesen Institutionen Einfluß zu gewinnen. Wenn die Arbeitervertreter dabei nur Dekorationsobjekte sein sollen, so liegt es an ihnen selbst, nicht als solche zu dienen. Wenn man glaubt, daß man immer abdrücken muß, wenn man mit den Unternehmern zusammenarbeitet, dann können wir mit untrüben gemachten gewerkschaftlichen Tätigkeit überhaupt einpausen.

Grachmann: Die Idee des Graphischen Industrieföderationsbundes ist kein Kind der Neuzeit und auch nicht der Revolution. Sie hatte schon untrübe größte Sympathie, als wir noch schwach waren, in der Zeit nach dem verlorenen großen Neunhundertkampfe. Damals lagen die Verhältnisse aber noch viel ungünstiger als heute. Und trotzdem mußte man auch hier die Entwicklung noch mehr zur Reife kommen lassen. Denn es sei wohl zu beachten, daß manche Organisationen, die sich großen Industrieföderationsangehörigen haben, sich heute schon nicht mehr recht wohl fühlen. Alle Verbände haben ihre Selbständigkeit aufgegeben, um in großen Industrieföderationsverbänden unterzugehen. Nun kommen sie in ausschlaggebenden Versammlungen überhaupt nicht mehr zur Geltung; sie haben nicht einmal mehr die Möglichkeit, Delegationen zu entsenden, trotz vieler tausend Mitglieder. Bezüglich der Sortenlichen Sitze des Kollegen Böttcher, eines ganz verfehlt, solche als Stützpunkt für die Arbeiter gegen die Arbeitsgemeinschaften zu verwenden. Denn diese legen nur Objekte des Unwillens eines Unternehmervertreters gegen die Arbeitsgemeinschaften. Es komme daher in dieser Frage nicht darauf an, was der andre Teil will, sondern auf das, was wir selbst wollen. Wenn dieser Standpunkt gegenüber den Arbeitsgemeinschaften berechtigt wäre, dann müßte man ja auch den ganzen Parlamentarismus verwerfen. Bezeichnend sei es doch, daß selbst die K.P.D. die Parlamentaristriebe als Demonstrationsobjekt benutzen wollen. Gerade die neuen Stürmer und Dränger verlangen bei den Verhandlungen mit den Unternehmern am schnellsten. Die alten, gekulturn aber „korrupten Gewerkschaftsbonzen“ müssen nicht die Arbeiterforderungen allein verwalten, sondern sie, die Jungen, müssen auch mitreden. Das Auswachen bei solchen Verhandlungen bis man sich über erheben, als der andre Teil, kann nur durch lange Erfahrung erreicht werden. Der Standpunkt des Kollegen Böttcher, daß kein Unterschied zu machen sei zwischen wildem und realem Handel oder Kapital ist einfach unverständlich; dann muß man eben einfach alles gehen lassen wie es geht. Ob das aber wirklich im Interesse der Arbeiterkraft liege, sei denn doch eine andre Frage. Hier zeigte sich eine Spekulation auf die bekannte Verelendungstheorie, die für die Arbeiterkraft die größten Gefahren einschließt. Bei allen wirtschaftlichen Erfolgen der Arbeiterkraft in früherer Zeit sei es doch nie eingetreten, daß die Arbeiterkraft schwächer oder gleichgültiger geworden sei. Und dann die Vorwürfe gegen die alten Führer! Wer hat denn die Abwehr gegen den letzten reaktionären Putsch geführt? Es waren nicht die Führer der politischen Parteien, sondern die „verfehlerten“ Gewerkschaftsführer. Und heute schreit „Die Welt am Montag“ fast in jeder Nummer immer noch: Regien hilft! Die Anschauung Böttchers, daß die Geschichte die Menschheit mache, ist total verkehrt. Wenn wir wäre denn überhaupt eine Geschichte, wenn es keine Menschheit gäbe; wo wäre eine Wirtschaft, wenn es keine Menschen gäbe? Die Auffassung Kates über die Sozialisierung der Presse bedeutet faktisch den vollständigen Verzicht auf den Sieg der oppositionellen Gedanken. Das wäre nur eine Nationalisierung der Gedanken. Wenn es wahr wäre, was Böttcher sagte, daß in Deutschland zur Sozialisierung alles vorhanden wäre außer einigen Rohstoffen, dann könnte immer noch nicht einfach durch ein Dekret sozialisiert werden. Wenn unsere Wirtschaft ist so heruntergekommen, daß wir sie im Augenblick gar nicht für uns sozialisieren können, wenigstens nicht im Interesse der allgemeinen Arbeiterkraft. Post und Eisenbahn z. B. die früher große Überschüsse abwarfen, haben heute die größten Verluste. In untrübe Bergwerke müßten Milliarden hineingesteckt werden, um sie wieder in den Friedenszustand zu versetzen. Und wenn wir sie soweit hätten, dann würde uns der Versailles Friedensvertrag die Früchte rauben. Wir können unsere Wirtschaft nicht aufbauen, die Arbeiterkraft nicht ernähren, wenn wir nicht ausländisches Kapital in Anspruch nehmen. Dadurch kommen wir in immer tiefere Schuldrunderheit dem Auslande gegenüber. Der internationale Kapitalismus hat eine viel größere Stärke als je zuvor erlangt. Die ganze Welt ist kapitalistisch orientiert. Der Friedensvertrag schreibt uns vor, daß die indirekten Steuern in Deutschland in gleichem Verhältnisse wie in den Ententeländern erhoben werden müssen. Wer diese Verhältnisse kennt, der kann die Arbeiterkraft nicht mit Illusionen küssen und in die Irre führen. Man muß sich hüten, zu sagen, wenn das und das wäre, dann wird das und das eintreten. Denn in uns selbst fehlen zum größten Teil noch die Voraussetzungen dafür, um so zu handeln wie es nötig ist,

wie es der Sozialismus erfordert. Wir sind gegenwärtig auch geistig noch nicht reif für die Zukunft, die wir erstreben. Wenn wir uns einmal selbst so weit ergoßen haben, daß die Schladten des Egoismus von uns abgefallen sind, dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, wo wir geistig und innerlich reif sind für die Ideale, für die wir heute noch kämpfen. Weil wir aber heute noch nicht so weit sind, müssen wir die Arbeiterchaft immer wieder auf die realen Aufgaben aufmerksam machen.

Ebel verliest und begründet eine Resolution zur Schaffung eines Graphischen Industrieverbandes, in der die Zusammenfassung aller graphischen Organisationen grundsätzlich als eine Notwendigkeit anerkannt wird, jedoch die unerlässlichen Vorbedingungen dafür noch geschaffen werden sollen.

Schweinik betont, daß grundsätzliche Verschiedenheiten zwischen dem Antrag Ebel und dem Standpunkt des Verbandsvorstandes nicht bestehen. Doch mußte sich der Verbandsvorstand in der Frage des Graphischen Bundes bisher eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, weil zuerst die Generalversammlung des Verbandes endgültig entscheiden muß.

Mingsten: Wenn wir unser Bestrebungen keine großen Ziele vorsetzen, würden wir im Tageskampf ersickeln. Und dieses große Ziel ist für uns alle der Sozialismus. Darin sind wir uns einig; einzig aber auch darin, daß wir nicht von heute auf morgen zu diesem Ziele kommen, sondern Stein auf Stein erst bauen müssen. Wir müssen uns daher mit unsern Aufgaben für heute und morgen befassen. Und in dieser Hinsicht sehe er keine Möglichkeit, den Anträgen der Opposition zu folgen. Denn damit kann besonders in der Provinz nichts angefangen werden. Wir würden dadurch nicht vorwärts kommen, sondern um mehr als zwanzig Jahre zurückgeworfen werden. Wir werden festhalten müssen an dem, was wir haben und darauf weiterbauen. Die neuen Verhältnisse müssen in unserm Statut zum Ausdruck kommen. Die Resolution sollte fordern Betriebsrat; aber damit würden wir nur zu einem Chaos, zu einem Syndikalismus und Betriebssozialismus kommen. Dadurch würden aber gerade die Grundlagen des Sozialismus zerstört, statt gestiftet werden. Nachdem wir in der Frage der Arbeitsgemeinschaften hier von Vertretern, die in solchen Korporationen mitgearbeitet haben, hören mußten, daß ihre Erfahrungen dabei zum Teil wenig erfolgreich waren, so können wir in einer weiteren Zusammenarbeit in den Reichsarbeitsgemeinschaften keine Notwendigkeit erblicken. Die Verhältnisse haben uns dazu gezwungen, zu der Frage des Industrieverbandes eine andre Stellung als früher einzunehmen. Und daher können wir der Resolution Ebel heute zustimmen unter der Voraussetzung, daß die Verhältnisse in den einzelnen Organisationen dazu noch reifer gemacht werden; auch wir können uns dem nicht entziehen. Bezüglich der Neuorientierung in der Verbandsfrage müssen wir uns schon bei § 1 auf keinen einzigen Standpunkt stellen, wonach jede politische Forderung auszusprechen wäre. Unter allen Umständen müssen wir jedoch auf Ausschaltung jeder Parteipolitik bestehen. Denn wir nur um Ideen gekämpft wird, kann keine praktische Arbeit geleistet werden, und ohne diese kommen wir nicht mehr weiter. In Bezug auf parteipolitische und religiöse Anschauungen ist die Arbeiterchaft selbst gespalten; es bestehen da große Abweichungen. Wir brauchen aber für unsere gewerkschaftliche Tätigkeit alle Arbeiter. Daher dürfen wir auch den Boden der parteipolitischen und religiösen Neutralität unter keinen Umständen verlassen. Das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder muß eine Erweiterung erfahren. Der Referent des Verbandsvorstandes hat auch dafür gewisse neue Richtlinien aufgestellt. Diese sind aber noch nicht weitgehend genug. Die Mitverantwortung der Kollegenschaft in wichtigen Fragen ist in § 15 des Statuts besser auszuprägen durch Festlegung der Urabstimmung; das gleiche sollte auch bei § 35 in tariflichen und organisatorischen Fragen berücksichtigt werden, und zwar in dem Sinne, daß nicht nur die Initiatoren der Organe des Verbandes, sondern auch die Mitglieder-vertretungen, die mindestens ein Drittel der betreffenden Mitgliedschaften umfassen müssen, ein Vetorecht erhalten.

Giedler (Berlin): Die Absichten der Opposition zielen keineswegs auf Zerstückelung des Verbandes, sondern nur auf dessen Umfaltung zu einer revolutionären Kampforganisation. Wir wollen Klarheit, keine gegenseitigen Komplimente. Es muß Klärung darüber herbeigeführt werden, ob wir in Zukunft in den alten ausgefahrenen Bahnen oder auf neuen Wegen weitergehen wollen. Der Antrag Ebel über den Industrieverband bringt wenig Klarheit, damit kommen wir der Sache nicht näher. Wie darin verlangte Schaffung der Vorbedingungen ist ungelöst, so wie Schaffung der Vorbedingungen für den Graphischen Bund. Es stehen sich hier zwei grundsätzliche Anschauungen direkt gegenüber. Die eine kann zusammengefaßt werden in den Worten Gramanns: Kampf werde hart! und die andre in die Frage Böttchers: Klassenkampf oder Arbeitsgemeinschaft? Die Umfaltung der privatkapitalistischen Produktion in eine sozialistische ist nicht durch halbe Maßnahmen, sondern nur durch ganze zu erreichen. Das braucht nicht unbedingt auf dem Wege des Streiks zu geschehen, es gibt dazu noch andre Mittel und Wege. Es ist im Auge zu fassen, daß jeder Zusammenstoß in einer Organisation die Wahrnehmung von Interessen der Mitglieder bedeutet, und Interessenwahrnehmung bedeutet Kampf. Da hat es keinen Zweck, dem Kampf auszuweichen zu wollen, weil die Unternehmer ihn wollen und uns den Kampf aufzwingen werden. Seit den Novembertagen 1918 hat sich ein außerordentliches Aufwachen hinsichtlich vollzogen. Und diese Entwicklung wird uns auch in Zukunft weiterhelfen. Der jähe Kampf der Arbeiter um das

Betriebsratgesetz bewirkt die Zunahme des Klassenbewußtseins. Wenn wir zu andern Organisationsformen kommen wollen, dann wird notwendigerweise auch die eine oder andre von der Bisslöche verstanden müssen; ebenso aber auch der eine oder andre Gewerkschaftsführer. Durch den Kampfpuls hat die bisherige gewerkschaftliche Neutralität einen Zusammenbruch erlebt. Der Graphische Bund ist nur eine Scheinkonkession an die Idee des Industrieverbandes. Der Graphische Bund ist keine Zusammenfassung der graphischen Organisationen im Sinne des Industrieverbandes. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist nicht die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern der Aufbau der Produktion auf der Grundlage des revolutionären Betriebsratensystems. Das soll aber nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben organisiert werden. Die Schaffung einer einheitlichen Kampffront zur Vorbereitung der Sozialisierung durch einen revolutionären Industrieverband ist das Ziel der Opposition. Noch nie hat eine Idee sich ohne Kampf Bahn gebrochen. Die Opposition ist bereit, den Kampf aufzunehmen, weil sie weiß, daß der Industrieverband doch kommt.

Abrecht (Köln): Für uns besteht hier allein die Frage, wie es möglich sei, innerhalb unserer Gewerkschaft die Gegenläufe zu überbrücken und zu einer Verknüpfung zu kommen. Und in dieser Hinsicht bilden die Vorschläge des Kollegen Schaeffer eine Brücke, die beide Richtungen zusammenführen kann. Denn der Schaefferische Vorschlag kommt auch den radikalsten Mitgliebschaften in weitestem Maß entgegen. Wohl klafft noch ein großer Widerspruch zwischen den Forderungen mancher Redner und dem Vorschlag Schaeffers. Aber diese weitergehenden Forderungen der Opposition werden nicht erfüllt werden können. Es ist auch falsch, ganz allgemein die Unternehmung als Menschen hinanzustellen, die nur die von der Arbeiterchaft lauer erarbeiteten Großen in Sekt, Automobilfabriken, Badereisen und im Rouletspiel verpressen; es gibt solche Propheten unter dem Unternehmerium. Aber es gibt auch nicht wenige Männer unter ihnen, die Großen im Dienste der deutschen Volkswirtschaft auch im Interesse der Arbeiterchaft geleistet haben und noch leisten. Daran dürfen wir nicht vorbeigehen. Das gilt ebenso für die Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Rolle des Profetarials. Da ist zu beachten, daß eine große Zahl aller Kopf- und Handarbeiter politisch auf einem anderen Boden stehen. Und durch Terror können wir sie niemals zu einer andern inneren Abarbeitung bringen. Aber wir brauchen sie alle zu unserer praktischen Gewerkschaftsarbeit. Auch ist zu beachten, ob wirklich die sogenannten revolutionären Betriebsräte geeignete Mittel sind, um uns vorwärts zu bringen. Auf Grund vieler Erfahrungen muß dies verneint werden. Redner verweist auf den Solinger Generalstreik, der nach siebenwöchiger Dauer mit einer Niederlage endete, wodurch der Solinger Arbeiterchaft viele frühere Gewerkschaften durch unpraktische Maßnahmen revolutionärer Betriebsräte verlorengegangen sind. Wenn wir eine einheitliche Phalanx herstellen wollen, da müssen wir auch mit der Weltanschauung vieler anderer Hand- und Kopfarbeiter rechnen, die wir nicht außer acht lassen können. Daher heißt es bei uns vorläufig zu arbeiten. Und da wäre der Vorschlag Schaeffers eine geeignete Plattform, auf der wir uns alle zusammenfinden können. Im übrigen müssen wir daran festhalten, daß im § 1 unseres Verbandsstatuts die parteipolitische und religiöse Neutralität unter allen Umständen unabweislich zum Ausdruck kommt. Der graphische Industrieverband wird kommen, aber auch hier muß vor gewaltsamen Experimenten gewarnt werden. Im Graphischen Bund ist schon etwas geschaffen, das auch in dieser Frage zum Ziele führen kann. Im Gegensatz dazu stehen aber die Satzungen des Graphischen Kartells in Leipzig, die sich auf die Grundlage des Rätekommunisten stützen. Das sind Nebenregierungen, die eine Gefahr für die gesamte Organisation bedeuten und unter keinen Umständen geduldet werden können und dürfen. Die Idee, das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder zu erweitern, ist gut und zeitgemäß. Der Verbandsvorstand selbst wünscht ein erweitertes Mitbestimmungsrecht. Wenn die Kollegen selbst wichtige Entscheidungen treffen müssen, werden sie den Initiatoren ganz sicher die schwere Verantwortung erleichtern. Aber durch einen Verbandsauschuss sollten die Gauvorsitzendenkonferenzen nicht ausgeschaltet werden. Denn diese sind schon ein Verbandsauschuss dem Verbandsvorstande gegenüber. Die Gauvorsitzenden sind keine Angestellten des Verbandsvorstandes und daher auch nicht von ihm abhängig. Sie werden von ihren Gaumitgliedern gewählt auf Grund eines entsprechenden Vertrauens. Es ist daher gar nicht nötig, noch weitere Initiatoren zu schaffen. An die Vertreter der sogenannten Opposition richtet er zum Schluß seiner Ausführungen noch einmal die kollegiale Aufforderung, im Interesse des ganzen Verbandes auf der von Schaeffer geschaffenen Plattform ihre praktische Mitarbeit auch im Interesse der gesamten Arbeiterchaft nicht zu verlagern.

Seit stellt infolge der vorgeschrittenen Zeit fest, daß die Generalversammlung damit einverstanden ist, das Schlußwort der beiden Hauptreferenten zu dem bis jetzt behandelten Punkte der Tagesordnung, der Kollegen Böttcher und Galle, auf den Beginn der Verhandlungen am nächsten Tage entzuzunehmen.

Hierauf wird zur Wahl der verschiedenen Kommissionen geschritten. In eine sogenannte ideale Statutarberatungskommission, der die Ausarbeitung der prinzipiellen und idealen Vorschläge zur Festlegung des Verbandsstatuts aufzulegen sollen, werden folgende Delegierte gewählt: Wendisch, Kraus, Krallier, Nepecht, Dreher, Conrad, Martens, Prog, Förbändt, Mingsten, Sannack, König und Mener (Potsdam). In eine sogenannte materielle Statutarberatungskommission werden die Kollegen Schaeffer, Wiermann, Friedrichs, Dähnel, Bol-

liger, Janler, Stürz, Bertram, Weraß, Wolsenberg, Sporn und Ledmann (Raumburg) delegiert. In eine Kommission zur Vorbereitung für die Vorstandswahl und die Verhältnisse der Verbandsanstellungen werden die Kollegen Rumbler, Mastini, Klein (Stuttgart), Albrecht (Köln), Freudentrich, Hesselbarth und Giedler (Breslau) gewählt.

Ein Antrag Hilger auf kenographische Wiedergabe der beiden Referate Galle und Böttcher im „Storr.“ wird aus zeitlichen und technischen Gründen abgelehnt, dagegen eine möglichst ausführliche Berichterstattung im Verbandsorgan als selbstverständlich erklärt.

Hierauf Schluß des vierten Verhandlungstages.

### Fünfter Verhandlungstag (18. Juni)

#### Vormittagsitzung

Seit gibt vor Eintritt in die Verhandlungen vom Eingang eines Begrüßungsgramms des Bezirksvereins Mesbach-Rosenheim Kenntnis.

Godann erhält als erster Redner Schumpf (Bern), der Sekretär des Schweizerischen Typographenbundes, das Wort, um Grüße seiner Organisation und des internationalen Buchdruckersekretariats zu übermitteln. Er dankt für die freundliche Einladung zur Generalversammlung, der er mit großer Freude gefolgt sei. Beide von ihm vertretene Körperchaften hätten ein starkes Interesse an den Beratungen und Beschlüssen der deutschen Kollegen. Die Schweiz verbannte es einem besonderen Glücke, daß sie vom Kriege verschont blieb. Trotzdem habe der Krieg auch ihr ungeheure Opfer wirtschaftlicher und finanzieller Art auferlegt. Die Annahme, die Schweiz lände infolge ihrer besseren Valuta gut da, sei falsch. Das Land leide vielmehr infolge des Anleberlegens der Exporte und der Fremdenindustrie schwer. Wohl bestehe keine Nahrungsmittelnot und keine Rautionierung, aber alles sei nur zu sehr teuren Preisen erhältlich. Mit der Preissteigerung um 100-150 Proz. hätte die Steigerung der Löhne leider durchaus nicht Schritt gehalten. Es bestände infolgedessen die gleiche Situation wie in Deutschland, auch in politischer Hinsicht. Die gleiche Zerstückelung der Arbeiterchaft in rote, zinnoberrote und schwarze Schattierungen sei zu konstatieren. Die Folge sei das Gegenteil von Erfolg. Die Silberstecherei und Wörtklauberei habe sogar schon zu schweren Niederlagen der Arbeiterchaft bei den Nationalratswahlen geführt, und seit letztem Sonntag wehe vom Rathaus in Bern, wo bisher die Arbeiterpartei dominierte, die Fahne der Bourgeoisie. Mit welchem Mühe es erfüllen, daß diese Niederlage auf die Unmöglichkeit der Arbeiter zurückzuführen sei. Übergehend auf die Situation auf internationaler Ebene, hob Redner hervor, daß infolge des Krieges die Buchdruckerverbände nicht zusammen, sondern auseinandergeklüßt worden seien. Die früheren guten internationalen Beziehungen seien gelockert, obwohl gerade jetzt eine Festigkeit mehr wie je erwünscht sei. Wenn die Franzosen aus finanziellen und moralischen Gründen der deutschen Tagung fernblieben, so sei der letztere Begriff nicht so aufzulassen, wie es hier geschehen sei. Die französischen Kollegen hätten wohl damit sagen wollen, daß der Moment noch nicht zur Annäherung gekommen sei. Trotzdem habe er (Redner) die Überzeugung, daß die Franzosen bald wieder die internationalen Verbindungen aufnehmen müßten. Schwer sei es für das internationale Sekretariat infolge finanzieller Schwierigkeiten, seine Aufgaben zu erfüllen. Die mangelnde Ausführung der Beiträge seitens verschiedener Länder erschwere die Arbeit und die Situation. Überall treten die Unternehmer als Lohnbrücker auf. Der schwere Kampf der farblichen Buchdrucker könnte leider finanziell nicht so unterstützt werden, wie es notwendig sei. Trotzdem es die Gebillen an Kongressen nicht fehlen ließen, wiesen die farblichen Prinzipale alle Verhandlungsversuche ab und schritten ebendort zur Aussperrung. Es geht nunmehr wenigstens die Organisation zu retten. Keinesfalls dürfe der Chauvinismus weiter bestehen bleiben. Auch die Franzosen würden einsehen lernen müssen, daß sie nicht allein vorwärts kommen, sondern nur im Vereine mit den Kollegen in den übrigen Ländern. Sossentlich gelinge es auch bald, die Engländer zur Aufnahme und Pflege internationalen Beziehungen zu veranlassen. Die vielfachen Versprechungen gelte es endlich einzulösen. Die Zeit wird kommen, wo die Notwendigkeit einer geschlossenen internationalen Phalanx überall erkannt wird. Große Probleme erfüllen die Organisationen in allen Ländern. Sie können ihre Lösung nur gemeinsam finden, ein einzelnes Land ist nicht imstande, diese durchzuführen. Dazu sind die Länder zu stark auseinander angewiesen hinsichtlich der Aus- und Einfuhr. Auch die Lösung des Problems der Frauenarbeit erheische internationale Zusammenarbeit, um Machtheile fernzujagen.

Seit dankt für die Begrüßung und geht näher auf die Regelung der Frauenarbeit ein. Auch der Vorstand des deutschen Verbandes sei der Ansicht, daß die Frage der Frauenarbeit auf einem internationalen Kongress geregelt werden muß.

Hierauf erhält Böttcher als Korreferent zum zweiten Tagesordnungspunkte (Frage der Neuorientierung im Verbands) das Schlußwort. Der Opposition sei im Laufe der Diskussion öfters der Vorwurf der Oberfächlichkeit und Illusion gemacht worden, sie berücksichtige zu wenig die realen Zustände. Aber auch die von der Gegenseite vorgebrachten Argumente seien nicht durchschlagend gewesen. Im Geleise der Stimmenmehrheit habe man es sich vielmehr sehr leicht gemacht. Man sei nicht grundsätzlich auf die Schaefferischen Vorschläge eingegangen, auch nicht auf die Frage des Industrieverbandes. Überall sei ein Ausweichen zu beobachten gewesen, womit der Kollegenschaft wenig gedient sei. Nur auf das Hervorstechendste in der Diskussion wolle er eingehen. Zurück-

zumellen sei in erster Linie, daß Däumig die Gewerkschaften unterstützen wolle, wie Maßlin behauptete. Daß dem nicht so sei, beweise eine neue Willensänderung Däumigs, auf die Redner näher einget. Ist genug habe gerade Däumig erklärt, daß nicht eine Sprengung der Gewerkschaften, sondern ihre Umgestaltung in revolutionärem Sinne vorzuziehen sei. Man hätte auch erwarten müssen, daß der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf dessen Antwort zum Aufbau der Arbeiterorganisation eingegangen wäre. Auch hier sei eine Gliederung nach Industriegruppen vorgezogen. Die Opposition lehne jenen Entwurf ab, weil darin die Betriebsrätezentrale als Organ der Arbeitsgemeinschaft gedacht sei, sie trete vielmehr für eine selbständige Bewegung der Arbeiterorganisation im engen Anschluß an die Gewerkschaften ein. Erst auf das Drängen der Massen nach einer Zusammenfassung der Betriebsräte sei der Vorstand des Gewerkschaftsbundes veranlaßt worden, der Sache näherzutreten durch Einführen in das reformistische Geleis. Weiter hätte man von Braunmann erwarten müssen, daß er nicht mit Maßhalten gegen die Sozialisierung operiert hätte und mit Zitaten von Kaufman vorlichtiger umgegangen wäre. Gegenüber Prox, der geglaubt habe, seinen (des Redners) Hinweis auf den Bürgerkrieg aus der Arbeiterorganisation herleiten zu müssen, bemerkte er, daß schon lange vor Kriegsbeginn über den Bürgerkrieg gesprochen und geschrieben worden sei (auch von Marx). Der Einblick in den Gang der sozialen Entwicklung gelte klar, daß wir um den Kampf um die letzte Phase jener Entwicklung nicht herumkommen. Bezüglich der Einwände gegen die Arbeitsgemeinschaft sei festzustellen, daß kein Redner der Mehrheit grundsätzlich für diese eingetreten sei. Es herrsche lediglich die Auffassung vor, es sei praktisch, in der Arbeitsgemeinschaft zu verbleiben. Demgegenüber stehe die grundsätzliche Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft auf der anderen Seite. Wie illusorisch die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft ist, hätten die Ausführungen des Vertreters der Buchbinder bewiesen. Es sei erforderlich, den Trennungsschritt zu vollziehen, wie das auch andere Verbände bereits getan haben, z. B. auch die technisch-industriellen Beamten. Zur Sozialisierungsfrage ließe eine im Verlage „Deutsches Vaterland“ erschienene Schrift „Zur Sozialisierung des Buchwesens“ Material, das von großem Nutzen sein kann. Im Kern aus dieser Frage bleibe die alle Auffassung des Verbandsvorstandes bestehen. Wahrscheinlich werde es zu einem Kompromiß auf Grund des Schaefferischen Antrages kommen. Die Opposition habe sich sonach im wesentlichen nur damit erfüllt auseinanderzusetzen. Der Antrag Schaeffer bedeute lediglich eine Verheißung, ja sogar eine Unmöglichkeit. Bedauerlich sei es, daß er sich auf einen Ausbau der Tarifgemeinschaft zu einer Berufsgemeinschaft festlegte. Richtiger wäre es, statt Ausbau Abbau zu sagen. Aber auch damit werde Schaeffer kein Glück haben bei den Prinzipalen. Wenn mit ihnen darangegangen würde, den Abbau zu vollziehen, dann müßte ja an der privatkapitalistischen Produktionsweise gerüttelt werden. Die Prinzipale würden sich aber mit noch soviel guten Worten von der Notwendigkeit einer Umgestaltung der bisherigen Produktionsweise nicht überzeugen lassen. Wenn dagegen der Appell zur Durchführung der Sozialisierung an die große Masse gerichtet werde, dann sei der Appell an die Unternehmer überflüssig. Auf den Sieg im Klassenkampfe komme es letzten Endes an. In der Zwischenzeit gelte es, die Arbeiter vorzubereiten auf ihre große historische Aufgabe. Die Tarifgemeinschaft sei bereits faktisch in die Luft geflogen durch den erfolgten Anruf des Reichsarbeitsministeriums. Man werde auch in Zukunft gezwungen sein, entweder die Autorität der Regierung gegenüber den Unternehmern anzurufen oder an das Solidaritätsgefühl der Mitglieder zu appellieren. Statt gegenständlicher Hinweise der Beihilfenvertreter auf rabulische Elemente, um die Prinzipale willfähriger zu machen, sei es schon besser, klar Feld zu schaffen durch Hinweis auf die kampfbereite Beihilfenchaft. Die Einleitung einer von Schaeffer vorgeschlagenen Wirtschaftskommission zur Erörterung theoretischer und sachlicher Probleme, in der die Sozialisierung des Gewerbes erörtert wird, wäre zu begrüßen. Im übrigen aber bedeute der Antrag Schaeffer nur ein Begraben in Kommissionen, er löst alles beim alten. Die Generalversammlung könne dem also ruhig aufsitzen. Der springende Punkt aber sei der, offen zu sagen, daß die Unternehmer entgelnet werden sollen. Die Opposition müsse auf den Forderungen bestehen bleiben, wie sie festgelegt sind in der in einer Leipziger Versammlung angenommenen Resolution Böttcher, worüber eine Aussprache hier herbeizuführen die Mitgliederversammlung beantragt habe. Es handle sich dabei um die Durchführung folgender Forderungen: Umbau der Gewerkschaften zu großen Industrieverbänden; Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern; Anerkennung des Rätesystems als Grundlage zur Sozialisierung; Aufgabe der bisherigen politischen Neutralität; Anerkennung des Massenstreiks als wirtschaftliches und politisches Kampfmittel; Grundtatsächliche Änderung der Unterstützungsrichtungen; Alleiniges Bestimmungsrecht der Mitglieder in Betrieb und Beruf. Die Opposition verlange klare Stellungnahme zu diesen Forderungen, von denen abzugehen sie nicht beabsichtigt. Der Kampf um diese werde nicht mit der Generalversammlung zu Ende gehen, sondern erst beenden.

Für die als Referent wolle in seinem Schlussworte darauf hin, daß gegen die von ihm vertretenen Vorschläge des Verbandsvorstandes nicht Wesentliches eingewendet worden sei. Er rekapituliert sodann die zur veränderlichen Fassung des § 1, zur Urabstimmung und zur Frage der Frauenarbeit vertretenen Ansichten. Er stellt ferner fest, daß auch der Standpunkt des Verbandsvorstandes zu dem geforder-

ten Ausschub bzw. Befreiung von der Generalversammlung geteilt worden sei. Ein befreiender Ausweg in allen praktischen Fragen werde sich in den eingehenden Kommissionen unschwer finden lassen. Welt schwerer stehe es mit den aufgeworfenen theoretischen Fragen. Eine Übereinstimmung der Geister konnte in der Aussprache nicht erzielt werden. Was habe er vorausgesehen, weil das Erlernen nicht so schnell vor sich gehe. Immerhin sei der hier geführte Kampf ein geistiger gewesen; von der Anwendung gewalttätiger Überzeugungsmittel hielt man sich erfreulicherweise fern. Von Theorien aber könne man nicht leben, denn die Praxis sei meist ganz anders aus. Für Böttcher schlen die geschichtliche Rolle des Proletariats von vornherein gegeben, und von diesem Standpunkt aus zog er seine Schlussfolgerungen. Demgegenüber müsse er (Fülle) es sich verlangen, den Gegenbeweis zu führen, und zwar im Interesse des Proletariats selbst. Es habe bei ihm nicht die Absicht bestanden, durch die in seinem Referat angeführten Beispiele die Sozialisierung aufzuhalten oder zu erschweren. Unbestreitbar aber seien die Verbindungen für die Sozialisierung in Deutschland nur zum kleinsten Teil erfüllt und andererseits erschwert durch die riesige Schuldenlast infolge des Friedensvertrags. Nur schriftliches Vorgehen werde möglich sein. Die beantragte, aber abgelehnte Drucklegung seiner (Fülle) und der Böttcherischen Rede im „Korr.“ sollte deshalb erfolgen, weil sich angeblich zwei Weltanschauungen in den Reden widerspiegeln. Das sei aber deshalb nicht der Fall, weil im Ziel völlige Einigkeit bestehe, nur über den Weg nicht. Aufällig sei es gewesen, daß der Antrag von einem Vertreter aus Leipzig gestellt wurde, wo man vor kurzem zur Aufhebung des „Korr.“-Obligatoriums übergegangen sei. Das Verlangen, daß nun dasselbe Organ die Reden ausführlich bringen sollte, sei zum mindesten inkonsequent. In der Frage der Arbeitsgemeinschaft ist von der einen Seite der Nachweis zu erbringen versucht worden, daß es zur Zeit einen Vorteil für die Arbeiter bedeute, darin mitzuwirken, während die andre Seite das Gegenteil behauptete. Die Notwendigkeit des Kompromisses sei auch in dieser Frage das Wesentliche. Genau so liege es in der Tarifgemeinschaftsfrage. Sämtliche Arbeiterorganisationen sind befreit, zu Tarifverträgen zu gelangen. Nicht auf die Form, sondern auf den Inhalt kommt es an. Wenn sich die nötigen Kräfte finden, die das nötige Maß an Verständnis besitzen, werden sie imstande sein, auch aus der Tarifgemeinschaft das Mögliche für die Gesamtheit der Beihilfenchaft herauszuholen. Allerdings erfordern die neuzeitigen Verhältnisse einen entsprechenden Umbau. Aber auch dabei ist keine Drohung eines einseitigen Willens möglich, sondern nur Verständigung und Kompromißarbeit. Siderisch ist es viel leichter, das Gegenteil davon zu tun. Einen Hinweis verdiene die widerspruchsvolle Haltung der Mitgliederversammlung, die in diesem Antrage der Aufhebung der Tarifgemeinschaft zustimmte und in einem zweiten Antrage deren Aufrechterhaltung forderte. Die große Kluft zwischen Theorie und Praxis kann nicht von einem starken Manne, sondern nur von kluger Einsicht erwartet werden. Auch auf der Generalversammlung müßte bei ruhiger gegenseitiger Auseinandersetzung und Aufklärung eine Verständigung über das Erreichbare möglich sein. Vernunft und Einsicht sorgen schließlich überall für Regulerung. Bei den Leipziguern sowohl, deren Junge weit grauer ist als ihr Gemüt, wie auch anderswo. Aus den Auseinandersetzungen über die Zentrale der Betriebsräte ergibt sich, daß keine einheitliche Auffassung, sondern ein scharfer Kampf zwischen den verschiedenen Gruppen besteht. Für die von der Generalversammlung eingesezte Kommission, die sich mit der Frage der Arbeitsgemeinschaft zu beschäftigen hat, wird sich die gepflogene Diskussion über letztere als sehr nutzbringend erweisen. Man wird versuchen müssen, das Instrument in der Hand der Arbeiterchaft zu einem wirklich brauchbaren umzugestalten. Keiner, der Zeuge der hier geführten geistigen Kämpfe gewesen ist, wird imstande sein, die Angriffe im Zeitartikel der letzten Nummer des „Gewerkschaftsblatt“ gegen einzelne Vertrauenspersonen der Beihilfenchaft gerichteten Angriffe aufrechtzuerhalten. Die Kommissionsberatung wird hoffentlich einen Ausweg zeigen. Die am dritten Verhandlungstag ausgesprochene Drohung Böttchers mit dem Bürgerkrieg ist geeignet, bei Leuten, die in dem Sinne des Wortes nicht einzuordnen vermögen, den Eindruck zu erwecken, daß der Bürgerkrieg von der Arbeiterchaft für wünschens- und erstrebenswert gehalten wird. Das ist indes nicht der Fall. Wenn nach Ansicht der Opposition die Rolle des Proletariats vorhanden ist, dann ist es um so unsmittiger, die Gefahr des Bürgerkriegs an die Wand zu malen. Die Buchdrucker wollen lediglich des Geistes Schwere entscheiden lassen und verabschauen jede Gewaltanwendung.

Damit hat die Debatte über den zweiten Tagesordnungspunkt ihr Ende erreicht. Es folgt noch eine größere Anzahl damit zusammenhängender persönlicher Erklärungen.

Hierauf eröffnet Glaser an Hand der gedruckten Vorlage in großen Zügen die sonstigen Anträge zum Statut, soweit sich die beiden Kommissionen (ideelle und materielle) damit zu beschäftigen haben. Es handelt sich in erster Linie um praktische Fragen und bei der Beratung zu erwägende Gesichtspunkte.

Eine eigentliche Debatte knüpft sich nicht daran. Die gesamten Anträge werden in Kommissionsberatungen ihre Erledigung finden, wobei die allen Mitgliedern durch den „Korr.“ bekanntgewordene Vorlage des Verbandsvorstandes als Beratungsgrundlage dient. Vom Rechte der Zuziehung postaler Vertreter sollen die Kommissionen ausgiebig Gebrauch machen.

Nach einem Vorschlage von Selz wird von der Generalversammlung festgestellt, daß keine Aussicht besteht,

die einzelnen Unterstützungsätze dem gesunkenen Geldwerte entsprechend zu erhöhen.

Sof will der betreffenden Kommission lediglich Richtlinien betreffs der Maßregelungsunterstützung gegeben wissen.

Ein von acht Delegierten unterschriebener Antrag, der einen unbedingten Ausbau der Gebührens- und Streifenunterstützung fordert, von einem weiteren Ausbau resp. einer Erhöhung der sozialen Unterstützungen dagegen absteht und die Einsetzung einer Kommission zur Liquidierung der Unterstützungsätze fordert, wurde der materiellen Kommission zur Berücksichtigung überlesen.

Eine der Generalversammlung unterbreitete Vorlage des Verbandsvorstandes mit Vorschlägen über eine unbedingte nötige neue Gaueinteilung soll erst zur Verabschiedung gelangen, wenn die Grenzen Deutschlands definitiv festgelegt sind. Bis dahin soll den Gaueinteilungen Besondere gegeben werden, sich damit näher zu beschäftigen.

**Richtigstellungen:** In Nr. 65 fehlt in der Präsenzliste unter dem Gau Mittelrhein der Gauvorsteher Fr. Conradt (Mannheim). — Auf der dritten Seite in der mittleren Spalte der gleichen Nummer ist zu lesen, daß der Antrag Braun über die Hingusierung auch der andern Tarifamtsmitglieder auf Gehaltsseite mit 72 gegen 59 Stimmen angenommen worden ist.

## Preisunterbietungen im Druckgewerbe

In Nr. 64 des „Korr.“ schildert Herr Rappell in einem Artikel, überschrieben „Durch eigene Schuld“, die traurigen Zustände in unserm Berechnungswesen. Wenn ich da die Unterschiede der einzelnen Preise vergleiche, welche in Breslau gefordert werden, dann muß ich sagen, daß die Breslauer Buchdrucker im Unterbieten gegenüber den Hallischen Druckern noch reine Wallenknaben sind! In unzähligen Fällen habe ich hier festgestellt können, daß Unterbietungen von 100 und mehr Prozent vorkamen. Gerade in letzter Zeit bildete sich ein Zustand heraus, der geradezu habnubisch ist.

Der Schreiber des angeführten Artikels sagt, daß jeder Schütler, Schneider und Barbier sein Preisverzeichnis in der Werkstatt hängen hat. Ein solches Preisverzeichnis haben wir auch hier in Halle herausgegeben und vorzüglich ausgearbeitet von der Firma Biele & Alsch, aber — danach richten sich leider die Herren Kollegen nicht. Ja, einzelne behaupten direkt, daß dieser Tarif für die Dummen da sei, die nicht selbst rechnen könnten.

Ich bot einem meiner Kunden vor kurzem 10000 Briefbogen zum Preise von 135 Mk. pro tausend Stück an, worauf dieser mir sagte, daß er die Briefbogen in gleicher Ausführung von einer hiesigen mittleren Druckerei für 80 Mk. pro tausend Stück bekomme. Derselbe Drucker lieferte der Firma ferner 10000 Briefumschläge, welche im Einkaufe 50 Mk. pro Tausend kosteten, zu 42 Mk. pro tausend Stück.

Eine andre Buchdruckerei und Papierwarenfabrik hier druckte noch bis vor kurzem für eine hiesige Genossenschaft zweifarbige Briefbogen auf effel Postpapier für den Preis von 18 Mk. pro tausend Stück. Von einem hiesigen Bankhause wurde mir auf meine Offerte hin der Bescheid, daß es die betreffende Druckerei von einem größeren Setzungsunternehmen um über 100 Proz. billiger erhalte. Der Akquisiteur der Anstalt habe erklärt, daß die Druckerei an solchen Druckereien nichts verdienen wolle, da die Setzer doch daständen.

Dieselben Setzungsunternehmen ließ ich vor einiger Zeit sagen, daß es sich wohl mit dem abgegebenen Preise von 11 Mk. für tausend Prospekte für eine Verkleinerungsanstalt geirrt habe, da solche Prospekte bei einer Abnahme von 50000 Stück 24 Mk. kosteten pro tausend Stück. Es wurde mir daraufhin erwidert, daß die Druckerei die Prospekte schon jahrelang mache und sie keine Wabunfpreise abgäbe.

Vor einiger Zeit verlagte ich wegen Unterbietung eine hiesige größere Setzungsdruckerei beim Tarifschiedsgericht. Die Druckerei wurde verurteilt und ist ihr aufgegeben worden, dem Auftraggeber mitzutellen, daß sie sich um 500 Mk. bei der Berechnung geirrt und diesen Betrag nachzufordern habe. Nach meinen Erkundigungen ist aber bis heute eine Nachforderung nicht verlangt worden.

Mögen es die Herren Prinzipale bei ihren Berechnungen halten, wie sie wollen. Mögen sie weiter über die hohen Röhre der Arbeiter jammern! Eines Tages werden sie zu der Erkenntnis gelangen, daß die Scheuderkonturrenz ihr Solengraber war.

Halle a. d. S. Schelhas.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenfabrikerverein.) In der Versammlung am 2. Mai erledigte Kollege Braun in seinen „Vereinsmitteilungen“ zunächst einige geschäftliche Angelegenheiten. Alsdann gab er das Resultat der Wahl der Delegierten zum Spartenkongress bekannt. Ferner verlas er einen Artikel aus dem „8 Uhr-Abendblatt“, überschrieben: „Die drohende Katastrophe im Druck- und Zeitungsgewerbe“. Die dort aufgestellten Behauptungen und Schlussfolgerungen wurden von allen Rednern einer scharfen Kritik unterzogen, wie sich überhaupt über die momentane Lage in unserm Gewerbe

eine lebhafte Debatte entspann. Hierauf erstattete Kollege Güler Bericht über die von der Zentralkommission aufgenommene Statistik. Die hohen Druckpreise verbleiben es aber, sie besonders zu drucken. Kollege Wierath versprach aber, das Ergebnis den Mitgliedern im Auszug abzuhandeln in den „Technischen Mitteilungen“ zugänglich zu machen. Das Gehalt der arbeitslosen Veranlagungsteilnehmer wurde auf 4 Mk. erhöht. Zur Aufnahme meldeten sich sechs Kollegen. Nächste Versammlung am 20. Juni.

**Berlin. (Schriftgießer.)** In der Generalversammlung vom 18. Mai gab der Vorsitzende bekannt, daß die Abmachungen in allen Giebereien durchgeführt sind bis auf zwei Fälle, die noch geregelt werden. Wegen Regelung tariflicher Fragen hat eine Prinzipalsitzung stattgefunden, in welcher die Prinzipale von selbst den Akkordarbeiterinnen auf den Grundlohn pro Woche 10 Mk. ausgesprochen haben unter der Voraussetzung, daß die anderen Prinzipale Deutschlands dem zustimmen. Sämtliche Arbeiterinnen sind dem Buchdruckereiarbeiterverband beigetreten. Der Kassenbericht lag gedruckt vor; nach einigen Erklärungen wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der bisherige Vorstand wurde nach längerer Diskussion wiedergewählt. In die Zentralkommission wurden die Kollegen Zappendorf und Briesenick provisorisch gewählt. Eine längere Diskussion rief die Erhöhung der Teuerungszulage hervor. Ein großer Prozentsatz der Akkordarbeiter vertritt den Standpunkt, daß durch die Festlegung der Teuerungszulage in fester Form eine Beschädigung der qualifizierten Arbeiter eintritt. Nach dem Hinweis aber, daß fast alle Gießstände sich für feste Form erklärt haben, fand der Antrag in fester Form Annahme.

**yr. Bielefeld.** Eine außerordentliche Versammlung am 21. Mai nahm den Bericht des Kassierers über das erste Quartal 1920 entgegen und erteilte ihm einstimmig Entlastung. Hierauf ging Vorsitzender Löschner auf das Ergebnis der Tarifausschubstung und die Lage im allgemeinen näher ein. Bei dieser Gelegenheit wurde die Anordnung des Arbeitsministers Schlichte einer scharfen Kritik unterzogen, wobei der Protest der Gavoursteherkonferenz begründet wurde. Eine scharfe Entschädigung gegen den Arbeitsminister wurde einstimmig angenommen. Diese soll dem Verbandsvorstande zur Weitergabe an den Arbeitsminister übermittelt werden. Dann wurde zum Tarifausschubergebnis Stellung genommen.

**Darmstadt.** In der Bezirksversammlung am 21. Mai wurden mehrere Neuaufnahmen vollzogen. Der Vorsitzende hieß die jungen Gutenbergjünger willkommen und richtete beherzigenswerte Worte an sie. Den Bericht von der Gavoursteherkonferenz und der Tarifausschubstung gab Kollege Bahler in eingehender Weise. Er verstand in seinen Ausführungen die Versammlung darauf an sich zu setzen, daß ihm am Schluß ein lebhaftes Bravo zufließt wurde. Den Gehilfen- und Kreisvertretern wurde für ihr Eingreifen in der Tarifausschubstung Dank gesagt. Die Abrechnung vom ersten Quartal wurde vom Kassierer Böhmke abgegeben. Das Johannisfest wird am 26. Juni durch einen Kommerz mit Ehrung der Jubilare begangen. Über den Punkt: „Die neue Bezahlungsordnung“ referierte der Vorsitzende Bahler. Die Vertrauensleute müssen unbedingt den Lehrlingen zu ihrem Rechte verhelfen.

**-1. Dessau.** An Stelle der sonst alljährlich abgehaltenen Generalversammlung wurde infolge der hohen Fahrpreise von der Maschinenlehrevereinigung Gau An der Saale eine Vertreterversammlung am 16. Mai in Dessau abgehalten. Durch ein Lied des Dessauer Kollegenangehörigen wurde diese eingeleitet. Hierauf gab Vorsitzender Winter den Geschäftsbericht und machte Mitteilungen zum bevorstehenden Maschinenlehreerkongress. Da der Gavoursteherkönig (Kalle) im gleichen Lokal dem Ortsvereine den Bericht von der letzten Tarifausschubstung erstattete, wurde die Versammlung unterbrochen, um den Bericht mit entgegenzunehmen. Nach Wiedereröffnung der Versammlung wurde der Kassenbericht gegeben und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Kassenbestand ist ein verhältnismäßig guter, so daß von einer Erhöhung des jeht 15 Pf. pro Woche betragenden Beitrags noch abgesehen werden konnte. Nachdem die Anträge zum Maschinenlehreerkongress eingehend besprochen und von der Versammlung aufgegeben worden waren, schritt man zur Delegiertenwahl zum Kongress. Aus der Wahl gingen der Vorsitzende, Kollege Winter (Magdeburg), als Delegierter und Kollege Spengler (Salle) als Stellvertreter hervor. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt und dessen Entschädigung etwas erhöht. Beim nächsten Punkte: „Technisches“, entspann sich eine rege Besprechung der aufgeworfenen technischen Fragen, und manche Anregung konnten die Verammelten mit nach Hause nehmen. Die Bestimmung des nächstjährigen Tagungsorts wurde der besonderen Verhältnisse wegen dem Vorstand überlassen. Damit erreichte gegen 4 Uhr nachmittags die Tagung ihr Ende. — Ein gemeinsamer Spaziergang durch die Anlagen der Stadt hieß die Kollegen noch bis zur Abfahrt zusammen.

**Düren. (Maschinenmeister.)** Nachdem die durch den Krieg unterbrochene Vereinsstätigkeit wieder aufgenommen war, zeigte das durch die Mitglieder der Sparkasse entgegengebrachte rege Interesse, daß man auch in Düren wieder Zweck und Ziele der Maschinenmeistervereine richtig würdigt. Neben den in den Versammlungen allgemein sehr eingehend behandelten Sparanfragen wurde auch das lange Zeit brachgelegene Technische nicht vergessen. Ein in einem Schulsaal von einem unserer tüchtigsten Kollegen abgehaltener Farbenmischkurs war bis zum Schluß von Druck- und Seherkollegen abge-

reich besucht. Die Erkenntnis ist durchgedrungen, daß praktisches Wissen und Können und strikte Beachtung der tariflichen Bestimmungen uns nur durch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse hindurchbringen. Und das nicht nur zum Nutzen des einzelnen, sondern zum Wohle der Gesamtheit.

**Bezirh Greifswald.** Infolge der hohen Reichelohnen und der schwierigen Verkehrsverhältnisse mußte in diesem Frühjahr von einer Bezirksversammlung abgesehen werden. Dafür tagte am 16. Mai in Greifswald eine Bezirksvertrauensmännerkonferenz, die von allen Orten auf beschriftet war. Bezirksvorsitzender Warnke gedachte zunächst der im letzten Vierteljahre verstorbenen Kollegen, deren Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Sodann erstattete er den Geschäftsbericht, der als gut bezeichnet werden konnte. Haben wir doch viele neue Mitglieder gewonnen und dadurch neue Ortschaften in unsern Bezirke gründen können. Augenblicklicher Mitgliederstand 278. Der Kassenbericht wurde vom Bezirkskassierer Federlen gegeben, wofür ihm Entlastung erteilt wurde. Nachdem noch einem Antrage zum Gaultage zugestimmt war und die Gaultagebeschlüsse aufgestellt worden waren, referierte Gauptorsteher Kannack (Stettin) über das Tarifausschubergebnis. Als Ort der nächsten Tagung wurde Strahlund in Aussicht genommen. Zum Schluß wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

**Samburg-Altona. (Mitgliederversammlung am 21. Mai.)** Unter „Vereinsmitteilungen“ machte der Vorsitzende Fr. Kuntzler bekannt, daß arbeitslos sind 135 Geber, 58 Drucker, 6 Maschinenlehrer, 4 Schweizerdegen, 4 Stereotypenre, 4 Korrektoren. Ausgeschlossen wurden fünf Mitglieder. Für die Opfer des Kampfes wurden 4700 Mk. bewilligt. In einer kurzen Ansprache hieß Kollege Kuntzler die Neuausgewählten bei ihrem Eintritt in den Verband herzlich willkommen, um sodann einen Bericht von der Gavoursteherkonferenz zu geben. An den Bericht schloß sich eine kurze Ansprache.

**Leipzig. (Schriftschneider.)** Am 20. Mai fand unsere Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Schriftschneider-Zentralkommission aufgelöst sei. Da nun der zukünftige Beisitzer in der Schriftgießer-Zentralkommission seine Tätigkeit noch nicht aufgenommen hat, ist jede Verbindung mit Berlin unterbrochen, ein Zustand, der baldigt beseitigt werden muß. Von Frankfurt wurde mitgeteilt, daß dort, wie es auch deutlich der kürzlich im „Korr.“ erschienenen Versammlungsbericht zeigte, die Kollegen mit ihren Verhandlungen in Folge der ablehnenden Haltung der Prinzipale noch zu keinem Ergebnis gekommen sind. Wegen die von dortigen Prinzipalen gezeigte Nichtachtung gegenüber der Gehilfenkommission, die doch die Vertretung der gesamten Reichskollegen darstellt, wurde Protest erhoben. Zur Unterstützung der Frankfurter Hilfenkommission wurde folgende Resolution des Vorstandes angenommen: „Die am 20. Mai tagende Schriftschneiderversammlung in Leipzig erklärt sich mit der von den Frankfurter Kollegen gefassten Resolution einverstanden. Sie protestiert gegen die von den Schriftgießerprinzipalen gezeigte Nichtachtung gegenüber der Gehilfenkommission. Sie fordert, daß die Zentralkommission der Schriftgießer die Prinzipalsorganisation erlaucht, daß dieselbe unverzüglich ihre Vereinstätigkeit zu den von der Frankfurter Schriftschneiderkommission gewünschten Verhandlungen erklärt.“ Des weiteren berichtete der Vorsitzende, daß es nun endlich gelungen sei, mit der Wiener Vereinigung eine Verbindung zu erhalten. Die Verhältnisse für unsere dortigen Kollegen sind sehr schlecht. Die Durchführung der letzten Tarifrevision hatte mit den hiesigen Kleinmeister zu bedeutenden Differenzen geführt. Es gelang dem Vorstand im Verhandlungswege, diese Differenzen gütlich beizulegen. Eine tarifliche Unregelmäßigkeit seitens einer Firma wurde durch den Einspruch des Vorstandes ebenfalls schnellstens beigelegt. Mehreren als Berufschädlinge tätigen Seimarbeitern konnte das Handwerk gelegt werden, was allseitig Anerkennung fand. Durch Mitteilung, die an unsern Vorstand gelangte, ist festgestellt worden, daß es noch immer kleinere Giebereibetriebe gibt, die im geheimen den im verborgenen fälligen Seimarbeiterarbeiten überlassen. Hier nachzujupieren und Aufklärung zu schaffen, ist Pflicht aller Ortsvereine, damit auch der letzte Seimarbeiter ausgerottet wird, denn es gibt deren nicht nur in Leipzig, sondern auch in andern Orten. Besonders schätzenswerte Hilfe bei dieser schwierigen Arbeit leisteten uns einige Schriftgießervorstände, was von der Vereinigung gebührend gewürdigt wurde. Unser Gesuch um Lohnentschädigung für unsre Vertreter, die auf dem Schlichtungsausschusse mitgewirkt haben, ist vom Gavourstande genehmigt worden. Eine gewählte Kommission erstattete Bericht über die Vorarbeiten zum jährlichen Stiftungsfeste. Zwei Neuaufnahmen konnten wieder vollzogen werden und es wird der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo auch der letzte Kollege in Leipzig der Vereinigung angehört.

**F.-r. Nordhausen.** In der Aprilversammlung wurden zuerst sieben neuangeworbene Kollegen in unsre Reihen aufgenommen und vom Vorsitzenden feil willkommen gehalten. Sodann wurde von den beiden Delegierten der Bericht vom Gaultage erstattet, der von der Versammlung beifällig aufgenommen wurde. In den Bericht des Gaultages schloß sich eine ausgedehnte Aussprache. Der Kassenbericht wies einen Bestand der Drucksache von 357,69 Mk. auf. Hierauf wurde der Kassenbericht gegeben. Am Schluß des Quartals waren dem Kartell 7031 Mitglieder angeschlossen. Das diesjährige Stiftungsfest soll durch eine Herkennungsfeier in den Satz begangen werden. Zum Schluß wurde angeregt, wieder eine technische Vereinigung ins Leben zu rufen, um vor allem den jungen Kollegen in der Fortbildung beifällig

zu sein. Ebenfalls wurde die Gründung eines Kollegenvereins gewünscht, welcher Verlust schon im Laufe des vorigen Jahres wegen ungenügender Beilegung fallen gelassen werden mußte. Der Mitgliederbestand beträgt zur Zeit 73; es sind somit alle hiesigen Kollegen, außer einem, der wegen zu hohen Alters nicht mehr aufnahmefähig ist, organisiert.

**-r. Siegen.** Die zweite diesjährige Bezirksversammlung tagte am 9. Mai in Siegen. Obwohl trotz der herrschenden Verkehrsverhältnisse aus fast sämtlichen Druckerorten des Bezirkes Delegierte erschienen waren, fehlte ein großer Teil der Siegener Kollegenchaft. Drei Neuaufnahmen konnten dem Gavourstand empfohlen werden. Die Abrechnung vom ersten Quartal 1920, die gedruckt vorlag, fand die Genehmigung der Versammlung. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und ihm für die gute Führung der Kassengehäfte besonderer Dank gesagt. In sehr ausführlicher Weise berichtete Vorsitzender Raubach über den Gaultage. Mit den dort gepflogenen Verhandlungen erklärten sich die Verammelten einverstanden. Um die Fortbildungsbefreiungen der Kollegen zu unterstützen, wurde beschlossen, innerhalb des Bezirkes einen Druckmaschinenwettbewerb zu veranstalten. Nach Schilderung der bestehenden Verhältnisse in einigen Druckerorten des Bezirkes, die möglichst rascher tariflicher Regelung bedürfen, fand die Versammlung ihren Abschluß.

**F. Stuttgart.** Die Mitgliederversammlung am 3. Mai ehrte zu Beginn das Andenken eines verstorbenen Gießerkollegen. Unter „Vereinsmitteilungen“ berichtete Kollege Klein u. a., daß in der großen Mehrzahl der Betriebe, auch in allen Zeitungen, am 1. Mai die Arbeit ruhte. Die Erhöhung des Wochenbeitrags zu den sozialen Versicherungen um fast 250 Proz. wurde mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen, obwohl nicht verkannt wurde, daß die feierliche Entschädigung im Krankheitsfalle ganz ungenügend war. Dem Protest des Graphischen Kartells gegen die unfaire Papierpreissetzung, die unter Druckgewerbe auch schwerste schädigt, schloß sich die Versammlung an. In seinem Referat über die Aufgaben der bevorstehenden Tarifrevision unterzog der Gehilfenvertreter Klein die einzelnen Punkte der Tagesordnung der Tarifausschubstung am 10. Mai und folgende Tage einer eingehenden Besprechung. Ein Diskussionstribüne verbreitete sich in längeren Ausführungen über Tarifpolitik; er behauptete, daß unser Beruf einer Verkrüftung entgegengehe, daß die Führung unserer Prinzipale einen großangelegten Widerstand gegen Gehilfenforderungen organisiere und daß deshalb zu schärfstem Kampfe zu rufen sei. Auch andre Diskussionstribüne drückten sich recht scharf aus; einer besonte, man müsse den Kampf um menschenwürdiges Dasein aufnehmen, ehe man ganz heruntergewirtschaftet sei. Doch wurde in der lebhaften Debatte auch der schwierigen Situation im Gewerbe Rechnung getragen und ein Antrag, der eine 100prozentige Lohnerböhung verlangte, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkskammer Berlin legten die Kollegen Paul Knecht und Bernhard Ehrlich die Meisterprüfung mit Erfolg ab.

**Neue Ausstellung im Deutschen Buchgewerbehaus zu Leipzig.** Im Deutschen Buchgewerbehaus Leipzig, Poststr. 1, Erdgesch., wird vom kommenden Sonntag an eine Buchkunstausstellung gezeigt werden: Die Offenbacher Schreiber. Es handelt sich um mit der Hand geschriebene, vorwiegend handverzierte, zum Teil auf Pergament geschriebene Schriften und Bücher erwählten Inhalts. Es ist ein neues, wenn schon uraltes Gebiet graphischer Fertigkeit und kunstgewerblichen Geschmacks. Die Offenbacher Schreiber gruppieren sich um den eigenartigen bekannten Offenbacher Schriftkünstler Rudolf Koch, aus dessen Schule sie sämtlich hervorgingen. — Im großen Ausstellungssaale 2. Gesch. bis zum 27. Juni. Wettbewerbsausstellung eines Plakats und einer Eintrittskarte zu dem 22. Volksfest, ausgedruckt vom Verband der Lithographen und Stein-drucker und verwandter Berufe.

**Gegen den Entwurf der neuen Schlichtungsordnung.** In einer Konferenz der Gaulteiler und Bezirksbeamten der freien Gewerkschaften für Pommern wurde folgende Entschädigung angenommen: „Die für Pommern bestehende Arbeitsgemeinschaft der Gaulteiler und sonstigen Bezirksbeamten der freien Gewerkschaften hat in ihrer letzten Zusammenkunft Stellung genommen zu dem Entwurf der neuen Schlichtungsordnung. Die Anwesenden verurteilten mit aller Schärfe die in dem Entwurfe enthaltene Tendenz, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu verschlechtern. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen mit aller Entschiedenheit verlangen, daß sie in ihrer Bewegungskraft zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen unter keinen Umständen durch irgendwelche einseitigen Bestimmungen behindert werden. Sollen staatliche Schlichtungsstellen geschaffen werden, so muß unbedingt verlangt werden, daß schon bei der Zusammensetzung der Schlichtungsausschüsse, bei der Bestellung der unparteiischen Vorsitzenden usw. den gewerkschaftlichen Organisationen ein größeres Mitspracherecht eingeräumt wird, da die bisherigen Institutionen nicht dazu angetan waren, diesen ein größeres Vertrauen einzugewähren. Wir erwarten vom Reichsarbeitsminister, daß dieses bei der nachmaligen Umarbeitung des Entwurfs vor allen Dingen eine größere Anzahl Gaulteiler und Gehilfenführer der Gewerkschaften hinzuzuziehen wird, da diese durch ihre bisherige praktische Tätigkeit in der Bearbeitung der einzelnen Fälle

